

# KOALITIONSVERTRAG

für die Ratsperiode

2020–2025



zwischen  
dem SPD-Ortsverein Brühl,  
dem Ortsverband Brühl von Bündnis 90/Die Grünen,  
den Fraktionen von SPD und  
Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Brühl  
und Bürgermeister Dieter Freytag

# Inhalt

<b>Präambel</b>	<b>4</b>
<b>1. Bürgerinnenbeteiligung und Digitalisierung</b>	<b>5</b>
1.1 Bürgerinnenbeteiligung	5
1.2 Digitalisierung	6
<b>2. Wohnen und Stadtentwicklung</b>	<b>7</b>
2.1 Leitlinien	7
2.2 Wohnraum schaffen	7
2.3 Lebensqualität erhalten und erhöhen	8
<b>3. Umwelt-, Natur- und Klimaschutz</b>	<b>10</b>
3.1 Energiewende und Klimaschutz	10
3.2 Abfallvermeidung und Ressourcenschonung	11
3.3 Verbesserung der Sauberkeit in der Stadt	11
3.4 Naturschutz	12
<b>4. Mobilität</b>	<b>14</b>
4.1 Klimafreundliche Mobilität für Brühls Zukunft	14
4.2 Vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Kommunalpolitik und Verwaltung	14
4.3 Die Stadtwerke als moderner Mobilitätsdienstleister	15
4.4 Kommunikation für mehr Akzeptanz	15
4.5 Verkehrssicherheit für Kinder stärken	15
4.6 Zu Fuß im öffentlichen Raum	15
4.7 Brühl – die ideale Fahrradstadt	16
4.8 Bus & Bahn ausbauen	17
4.9 Stadtweites Mobilstationen-Netz	18
4.10 Stadt der kurzen Wege	18
4.11 Autoverkehr	18
4.12 LKW-Verkehr	19
4.13 Zielgruppenspezifisches Mobilitätsmanagement	19
4.14 Stadtexperimente durchführen	20
4.15 Kosten im Verkehr transparent machen	20
<b>5. Kinder, Familie und Jugendhilfe</b>	<b>21</b>
5.1 Kinderbetreuung	21
5.2 Spielplätze	21
5.3 Angebote für Kinder und Jugendliche	21
5.4 Zertifizierung der Stadtverwaltung als »familienfreundliche Arbeitgeberin«	22
5.5 Frühe Hilfen, Beratungsangebote, Kinderklinik	22
<b>6. Schule</b>	<b>23</b>
6.1 Schulküche in städtischer Trägerschaft	23
6.2 Solidarisch ausgerichtetes Finanzierungsmodell für Schulessen	23
6.3 Systemadministratorinnen in den Schulen	23
6.4 Sanierungen von Schulen umsetzen – Schulplätze sichern	24
6.5 Fördertopf für schulische Innovation	24
6.6 Schulische Innovation unterstützen durch eine Servicestelle für Innovationsmanagement	24
6.7 Medienpädagoginnen für die Schulen	25
6.8 Die Stadt Brühl als Trägerin im Bereich der offenen Ganztagschule	25
6.9 Die Stadt als Ausbildungsbetrieb	25

6.10 Grundschulen zu Familienzentren ausbauen	25
6.11 Inklusion stärken	26
<b>7. Soziales und Integration</b>	<b>27</b>
7.1 Ein solidarisches Brühl	27
7.2 Soziale Teilhabe der Bürgerinnen stärken	27
7.3 Beratung, Unterstützung und Versorgung alter und pflegebedürftiger sowie mobilitätseingeschränkter Bürgerinnen verbessern	27
7.4 Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen in schwierigen sozialen Lagen und in Notlagen verbessern	28
7.5 Weltoffenes Brühl: Menschen mit Migrationsgeschichte stärken	28
<b>8. Wirtschaft und Finanzen</b>	<b>29</b>
8.1 Für ein nachhaltig wirtschaftendes Brühl	29
8.2 Nachhaltige Wirtschaftsstrukturen	29
8.3 Handel & Gastronomie	29
8.4 Vermeidung von Leerständen	30
8.5 Landwirtschaft	30
8.7 Stadtverwaltung	30
<b>9. Kultur</b>	<b>31</b>
9.1 Leitbild	31
9.2 Musik, Theater, Bildende Künste	31
9.3 Kunst- und Musikschule, Volkshochschule, Bibliothek	31
9.4 Vereine und kulturelles Leben in den Stadtteilen	32
9.5 Tourismus	32
9.6 Städtepartnerschaften	32
<b>10. Sport</b>	<b>33</b>
<b>11. Sicherheit und Ordnung</b>	<b>34</b>

*Die Illustration auf dem Titelblatt zeigt die Skulptur «Deux Assistants» («Zwei Assistenten/Helfer»), die Max Ernst seiner Heimatstadt Brühl geschenkt hat und die vor dem Rathaus steht. Die beiden kleinen Figuren warten voller Tatendrang darauf, den Menschen zu helfen. In diesem Sinne begreifen wir auch unsere anstehende Ratsarbeit.*

## Präambel

Der SPD-Ortsverein Brühl, der Ortsverband Brühl von Bündnis 90/Die Grünen, die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Brühl sowie Bürgermeister Dieter Freytag vereinbaren im Sinne einer Koalition ihre vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Ziel einer stabilen Ratsmehrheit.

In dem vorliegenden Vertrag beschreiben wir, mit welcher Haltung und welchen Maßnahmen wir unsere Stadt als lebenswerten Ort für alle Brühlerinnen erhalten und weiterentwickeln wollen.

Bereits während des ersten rot-grünen Bündnisses im Stadtrat in den 1990er Jahren haben wir im Rahmen der »Lokalen Agenda 21« auf kommunaler Ebene tragfähige und innovative Antworten gegeben: auf globale umwelt- und klimapolitische Herausforderungen ebenso wie auf Fragen des sozialen Miteinanders in der Stadt. An diese gemeinsame positive Erfahrung knüpfen wir an und tragen mit vereinten Kräften dazu bei, Entscheidungen für ein zukunftsfähiges Brühl zu treffen. Dabei haben die fachliche Kompetenz und das persönliche Engagement der Mitarbeiterinnen der Stadtverwaltung für uns einen hohen Stellenwert, und wir streben eine vertrauensvolle Zusammenarbeit an.

Die Covid-19-Pandemie hat während der Erarbeitung des vorliegenden Vertrags auch unsere Stadt seit Anfang 2020 im Griff. Wie durch ein Brennglas sind seit Beginn der Pandemie Stärken und Schwächen unserer Gesellschaft sichtbar geworden. Alle Bevölkerungsgruppen sind davon – in unterschiedlichem Ausmaß – betroffen. Jetzt geht es darum, sowohl den Brühlerinnen in ihrer (existenziellen) Not sinnvoll und möglichst unbürokratisch zu helfen als auch strukturelle Schwachstellen schnell und gleichzeitig nachhaltig zu beheben.

Brühl ist eine bunte Stadt. Wir wollen ermöglichen, dass alle Bürgerinnen Brühls am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. In Brühl ist Platz für Hier-Geborene und Zugezogene, für Menschen mit unterschiedlichen finanziellen Ressourcen, für Menschen unterschiedlichen Glaubens, unterschiedlicher Geschlechtsidentität oder sexueller Orientierung, Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten, Junge und Alte. Wir distanzieren uns von demokratiefeindlichen Vereinfachungsgedanken und verurteilen Hetze und Hass. Wir zeigen bei unserer Arbeit im Rat für die Stadt klare Kante gegen Rechts und alle Formen menschenverachtender Ausgrenzung.

# 1. Bürgerinnenbeteiligung und Digitalisierung

## 1.1 Bürgerinnenbeteiligung

Nur gemeinsam können wir alle unsere Stadt als einen Ort gestalten, in dem **wertschätzend und respektvoll** miteinander umgegangen wird – über Partei- und Religionszugehörigkeiten, Generationen, Herkunft und vielfältige andere Unterschiede hinweg. Dazu gehört auch eine breite Bürgerinnenbeteiligung in allen relevanten Bereichen. Diese erhöht nicht nur die Transparenz, sondern auch die Qualität der Entscheidungen für unsere Stadt, beugt Politik- und Demokratieverdrossenheit vor und birgt gerade auf kommunaler Ebene die Chance, Rückzugstendenzen ins Private entgegenzuwirken.

Mit einer konsequenten Beteiligung der Bürgerinnen wollen wir auch einer auseinanderdriftenden Stadtgesellschaft entgegenwirken. Den **Blickwinkel der Anderen** einnehmen, über Ideen, Vorstellungen und Projekte streiten, argumentativ und sachlich, kann helfen, das Trennende zu überbrücken. Dazu müssen wir aber nicht nur die Brühlerinnen erreichen, die sich schon heute mit eigenen Initiativen einbringen. Wir müssen Formate schaffen und Wege finden, durch die sich auch die Menschen eingeladen fühlen, sich zu beteiligen, die wir auf den üblichen Wegen nicht erreichen.

Mit Beteiligungsprozessen agieren wir auch **wirtschaftlicher**: Bürgerinnen erkennen unmittelbar den Wert von städtischen Aufwänden und beteiligen sich an Priorisierungs- sowie Einspar-Überlegungen.

Daher wollen wir, dass Brühl eine **»kokreative« Stadt** ist, die unter intensiver Beteiligung der Bürgerinnen in moderierten Workshops und Zukunftswerkstätten für sich ein Konzept entwickelt, das den massiven Umbruch zu einer wirklich nachhaltigen Stadt gelingen lässt.

- Wir wollen, dass Brühl zu einer echten Innovationsstadt für Klima-, Umwelt- und Naturschutz wird, und sind auf die Ideen der Bürgerinnen angewiesen.
- Beteiligung ist eine der Kernfragen der zukünftigen Stadtplanung. In Brühl sind sich die politischen Akteurinnen bewusst, wie wichtig eine breite Bürgerinnenbeteiligung in allen relevanten Bereichen ist. Brühl hat mit den **Leitlinien »Gemeinsam Zukunft gestalten«** einen vorbildlichen Prozess begonnen, Partizipation von Bürgerinnen umzusetzen. Es gilt, diesen Prozess weiterzuentwickeln, zu verbreitern und noch mehr Bürgerinnen zu aktivieren. Dazu gehört auch, neue Formate zu erproben. Als rot-grüne Koalition wollen wir auch über klassische Formen der parlamentarischen Demokratie hinaus mehr Demokratie wagen.
- Geloste **Bürgerinnenräte** bieten die Chance, bisher politisch eher inaktive Bürgerinnen einzuladen, an bestimmten Projekten mitzuarbeiten und Empfehlungen auszusprechen, die der Rat in seinen Entscheidungen berücksichtigt. Bürgerinnen werden geschult, dürfen und sollen Expertinnen befragen und sich ein unvoreingenommenes Bild machen. Das Zufallsverfahren garantiert Gleichheit von Beginn an und die Auswahl bildet die gesamte Gemeinschaft ab. Gerade um konfliktbehaftete Situationen zu lösen und neue gemeinsame Ziele zu definieren, hat sich dieses Verfahren schon in vielen Ländern bewährt. Mögliche Fragestellungen bei den anstehenden Umbrüchen könnten sein: Aufbau von Windrädern, Rückbau von Straßen und Parkplätzen, Bau von Geschoss- statt Einfamilienhäusern und anderen Maßnahmen zum Abwenden der Klimakatastrophe.
- Wir werden prüfen, auch über definierte Projekte hinaus bestimmte Haushaltstitel im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten von Bürgerinnenräten als **»Bürgerinnenhaushalt«** gestalten zu lassen.
- Für die städtischen Quartiere werden Workshops und Zukunftswerkstätten unter dem Titel **#anwohner\_open\_space** angeboten, um die Bürgerinnen unmittelbar an der Entwicklung ihres Stadtviertels teilhaben zu lassen.
- Für einzelne **Zielgruppen** werden spezifische Workshops und Zukunftswerkstätten angeboten. Eine erste Zielgruppe werden Jugendliche unter dem Titel **#teens\_open\_space** sein.

- Die Maßnahmen werden **professionell** vorbereitet, durchgeführt und nachbereitet. Für jede einzelne dieser Maßnahmen wird ein federführender Ausschuss bestimmt, der Details definiert. Beim Bürgermeister werden die durch intern angestellte oder extern beauftragte Kräfte erbrachten Vorbereitungs- und Moderationsleistungen koordiniert. Es erfolgt eine gesonderte Berichterstattung im Rat und auf [bruehl.de](http://bruehl.de) für alle Maßnahmen.

## 1.2 Digitalisierung

Unterstützt werden können die Bürgerinnen dabei auch durch die vielfältigen Angebote der neuen Medien.

- Wir wollen erreichen, dass die neue **Brühl-App** den Fokus nicht nur auf kommerzielle Angebote legt, sondern auch das bunte Brühler Leben von **Kultur, Sport, Politik, ehrenamtlichem und karitativem Engagement** belebt und unterstützt.
- **Leistungsfähige Breitbandnetze** auf dem gesamten städtischen Gebiet haben für uns höchste Priorität. Privaten Haushalten und Gewerbetreibenden muss Internetversorgung in ausreichender Bandbreite zur Verfügung stehen, um neuen Arbeitsanforderungen gerecht werden zu können und am Markt wirtschaftlich flexibel und wandlungsfähig zu bleiben. Über den Fortschritt des Ausbaus soll der Rat regelmäßig informiert werden. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass das **»StadtNetz«, das kostenlose WLAN-Angebot der Stadtwerke**, das bisher bereits auf dem Markt und im Karlsbad verfügbar ist, in alle öffentlichen Gebäuden, auf belebten Plätzen, der Haltestelle Brühl Mitte und anderen Orten mit hohem Publikumsverkehr kostenlos nutzbar wird.
- Wir unterstützen die Entwicklung **digitaler Kulturformate**, zum Beispiel einen Online-Rundgang durch Ausstellungen oder die Möglichkeit für Künstlerinnen, ihre Konzerte zu streamen.
- Als Stadt können wir vor allem die Rahmenbedingungen schaffen und unsere Schulen mit der entsprechenden Technik ausstatten, Rahmenverträge aushandeln, die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen klären – dort, wo die Landesregierung es nicht tut. Wir brauchen zudem den Support durch Fachkräfte in der Stadtverwaltung und durch externe Dienstleister. Dafür müssen wir mehr Fachpersonal einstellen. Wir möchten in der Stadtverwaltung eine zentrale Stelle einrichten, die als eine Art **städtisches Rechenzentrum** Hard- und Software-Support für die Brühler Schulen bietet und im Rahmen der Möglichkeiten nachrangig auch die Brühler Vereine bei der Digitalisierung unterstützt. Unter anderem soll Schulen und Vereinen städtisch organisiert eine digitale Infrastruktur angeboten werden, die sie bisher nicht oder nur unter datenschutzrechtlich bedenklichen Bedingungen nutzen können.
- **Digitalisierung in der Verwaltung** hilft, mehr individuelle Beratungszeit für jede und jeden Einzelnen zu reservieren und gleichzeitig effizienter zu werden. Fördergelder aus Bund- und Länder-Paketen sollen gezielt und so schnell wie möglich abgerufen werden, um damit die Digitalisierung der Verwaltung voranzutreiben. Um die richtigen Anträge für Brühl zu stellen, braucht es entsprechende (Digitalisierungs-)Kompetenzen in der Verwaltung, die – falls nicht vorhanden – durch Weiterbildung und/oder Neueinstellung(en) geschaffen werden müssen.
- Ergänzend zu den partizipativen Maßnahmen wird **»Achtet auf Brühl«** weiter ausgebaut, um Ideen und Mängel per App schnell und effektiv an die Stadt geben zu können.
- Ebenso sollen per App **Feedbacks** zu spezifischen Fragestellungen abgefragt werden können. Ein Beispiel dafür kann der Einsatz von E-Scootern in Brühl sein.
- Eine **Roadmap** für die Implementierung von Bürgerinnen-Services wird – unterstützt durch eine eigene Zukunftswerkstatt der Bürgerinnen – durch den Rat definiert, budgetiert und Rückmeldungen aller Ausschüsse werden hierzu abgefragt.

## 2. Wohnen und Stadtentwicklung

### 2.1 Leitlinien

Das Thema »Bauen, Planung, Stadtentwicklung« ist zentral für eine Kommune. Hier entscheiden sich Charakter, Wohnqualität und Attraktivität einer Stadt. Die Koalitionspartnerinnen sind sich einig darüber, dass für alle Brühlerinnen Wohnraum entsprechend ihren Bedürfnissen geschaffen werden muss. Dabei ist uns klar, dass die dafür zur Verfügung stehenden Flächen begrenzt sind. Daher müssen die knappen Flächen bewusst und nach ökologischen und sozialen Kriterien entwickelt werden.

Die Koalitionspartnerinnen werden bei allen Entscheidungen über Bauvorhaben und bezüglich Stadtentwicklung stets **sowohl soziale als auch ökologische Grundsätze** beachten:

- Brühl soll seinen Charakter als mittelgroße, überschaubare Stadt behalten. Die Koalitionspartnerinnen streben dazu in den künftigen Wohngebieten eine hochwertige, **attraktive Architektur** an, die gleichermaßen Ökologie und soziales Leben fördert und verbindet. Zum Erhalt der Lebensqualität und als Beitrag zum Klima- und Umweltschutz muss auch die Versiegelung von Flächen begrenzt werden. Die Stadt fördert intensiv die ökologische Ausrichtung von Gebäuden und Flächen auch im Bestand.
- Die Stadt sorgt für **geförderten Wohnungsbau**. Hier gilt es, einen Spagat zwischen Bau- und Grundstückskosten einerseits und hoher Wohnqualität andererseits zu vollbringen. Jedes Neubaugebiet ist mit sozialer und ökologischer Umsicht zu planen, zu bauen und zu erhalten. In jedem Bebauungsplan prüfen wir die Realisierung geförderten Wohnraums. Gute Beispiele von überall in der Welt sollten wir – mit den notwendigen lokalen Anpassungen – übernehmen.

### 2.2 Wohnraum schaffen

Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, werden wir folgende Maßnahmen anstoßen und umsetzen:

- Die Koalition strebt mit hoher Priorität in 2021 die Verabschiedung eines Beschlusses an, in dem festgelegt wird, wie künftig mit dem Erwerb und der Vergabe von **Bauland** umgegangen wird. Beispielgebend für einen solchen Beschluss wird auf bereits existierende Baulandbeschlüsse in anderen deutschen Kommunen verwiesen.  
Wesentlicher Bestandteil wird dabei sein, dass die Stadt von ihren im Baugesetzbuch geregelten **Vorkaufsrechten** Gebrauch machen muss. Zur Entwicklung von Baugebieten nimmt die Koalition Abstand von der Praxis der von Investoren initiierten Bebauungspläne. Stattdessen wird Bauland künftig nach Konzepten vergeben, in denen wir **soziale und ökologische Kriterien** zugrunde legen. Dabei werden unter anderem das Gebot der niedrigsten Startmiete, die Vergabe in Erbpacht, Begrünung von Gebäuden, großzügige Grünflächen und nachhaltiges, architektonisch wertvolles Bauen leitend sein. Zur nachhaltigen Finanzierung des Ankaufs und der Vermarktung von Bauland soll ein **revolvierender Fonds** (ein sich durch die Erlöse aus Erbpacht oder Verkauf von Flächen selbst füllender Fonds) aufgelegt werden, der sich im Wesentlichen aus den Erlösen von Erbpacht und ggf. dem Verkauf von Flächen speist. Neue Aufstellungsbeschlüsse sind bis zu einer Realisierung des o. g. Baulandmanagements durch die Stadt aufzuschieben, sofern dadurch erreicht wird, dass auf diese der Baulandbeschluss Anwendung finden kann.
- Zur **Schaffung von gefördertem Wohnraum** sind alle verfügbaren Fördermittel zu nutzen. Hierfür brauchen wir Klarheit innerhalb der Verwaltung und auch der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Gebausie, welche Mittel für Brühl beansprucht werden können. Außerdem besteht Einigkeit darüber, dass für Wohnungen der Gebausie die Höhe der zurzeit aufgerufenen Maximalmieten bis 2025 nicht ansteigen soll.
- Wir unterstützen **genossenschaftliche Initiativen** zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und **alternative Wohnformen** (u.a. Studierende, Mehrgenerationenwohnen, TinyHouses).



- Wir prüfen eine **Tauschbörse** im Wohnungsbereich: Alt tauscht mit Jung, Familien mit Single-Haushalten und umgekehrt nach Bedarf. Beide Parteien halten das für unterstützenswert und planen die Entwicklung realisierbarer, zielführender Konzepte.
- Im Bereich Pflege und **Altenwohnen** sind kleinteilige Wohnangebote und ausreichende Versorgung wichtig und werden von uns gefördert.
- Wie bei der Rücknahme des Aufstellungsbeschlusses für den Heider-Bergsee-Campus bereits beschlossen, werden für die Erweiterung der **Hochschule des Bundes** mit Hochdruck alternative Flächen gesucht.

## 2.3 Lebensqualität erhalten und erhöhen

- Derzeitige **Landschafts- und Naturschutzgebiete** bleiben langfristig von Bebauung unberührt. Grünflächen sollen zur dauerhaften Sicherung ökologisch aufgewertet werden.
- Die konsequente Umsetzung der Empfehlungen des **Lärmaktionsplans** wird unterstützt mit dem Ziel, die Brühlerinnen vor übermäßigem, krankmachendem Lärm zu schützen und großflächige und zusammenhängende Ruheräume in der Stadt zu schaffen.
- Die Neuaufstellung des **Flächennutzungsplans** dient nicht nur der Suche nach Wohn- und Gewerbegebieten, sondern auch der langfristigen Sicherung von Flächen für den Natur- und Landschaftsschutz.
- Zum dauerhaften Erhalt der **Ausgleichsflächen** ist es unerlässlich, dass stets eine aktuelle Übersicht dieser Flächen fortgeschrieben wird. Die Koalition beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung einer solchen Übersicht.
- Beide Parteien wollen eine mittelfristige Nutzungsänderung des **Belvedere-Parkplatzes**. Eine Planungswerkstatt mit Bürgerinnenbeteiligung ist ein erster Schritt. Eine ökologische Aufwertung durch Begrünung ist bereits kurzfristig zu prüfen und ggf. zu realisieren.
- Für die kurzfristig anstehende Überplanung des ehemaligen »**Kaufhofgeländes**« werden wir auf eine frühzeitige und intensive Bürgerinnenbeteiligung setzen. Dabei ist auch die Zukunft der **Bleiche** zu berücksichtigen.
- Die Innenstadt soll durch geeignete Spielangebote an öffentlichen Plätzen (klein-)kindfreundlicher werden, etwa indem am **Janshof** der neu entstehende Platz mit einem Wasserspiel versehen oder ein **Sandspielkasten** in der Nähe eines Cafés geschaffen wird.
- Die Attraktivität der Innenstadt sowie der umliegenden Stadtteile soll auch durch die Realisierung von Projekten der **essbaren Stadt** und durch **Urban Gardening** gesteigert werden.
- Es soll geprüft werden, ob dauerhaft **Trinkwasserspender** in der Innenstadt unter Wahrung entsprechender Hygienestandards realisiert werden können.
- Um eine stärkere **Begrünung** in der Innenstadt zu schaffen, ist auch auf Bäume in Pflanzkübeln zu setzen. Die Stadt Brühl muss als Beispiel bei der Begrünung vorgehen und diese auf und an ihren eigenen Gebäuden prüfen und umsetzen.
- Die **Beseitigung von Hitzeinseln** ist ein drängendes Anliegen der Vertragspartnerinnen. Das in Aufstellung befindliche Klimaschutzgutachten wird dabei berücksichtigt. Aus diesem sind wirksame kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen abzuleiten und umzusetzen. Die Verwaltung wird mit der Erarbeitung von Vorschlägen beauftragt.
- Das stetig zunehmende Aufheizen auch unserer Stadt ist wesentlich auf den hohen **Versiegelungsgrad** durch Wohn- und Gewerbebauten, aber auch auf den Ausbau von Verkehrswegen und Parkplatzflächen zurückzuführen. Daher besteht innerhalb der Koalition Einigkeit darüber, diesem Versiegelungstrend entgegenzuwirken. Ausgangspunkt wird dabei eine Ermittlung des aktuellen Grads der Versiegelung in Brühl sein. Der Koalition ist bewusst, dass eine wissenschaftliche Ermittlung derzeit nicht möglich ist. Der Wert soll deshalb durch eine plausible Annäherung über Hilfsgrößen (bspw. der städtischen



Infrastruktur, der Bemessung des städtischen Anlagevermögens und der Berechnung der Niederschlagswassergebühren) ermittelt werden. Dieser Wert ist mit jeder Realisierung eines Bauvorhabens fortzuschreiben.

Um diesen Wert nicht weiter zu steigern, setzt die Koalition insbesondere auf folgende Maßnahmen:

- a) eine **begrenzte Ausweisung** von neuen Wohnbauflächen im Flächennutzungsplan;
- b) für Wohnen und Gewerbe soll im Rahmen der Innenverdichtung umso mehr Fläche beansprucht werden dürfen, je mehr auf **ökologische und nachhaltige Bauweise** gesetzt wird;
- c) eine ökologische **Aufwertung von Grünflächen** und ein Verzicht auf Umwandlung von Landschaftsschutzgebieten in Bauland; hier insbesondere die Flächen nördlich des Rodderwegs und Am Pastorsgarten;
- d) die Beratung über und Förderung von naturnahen Gärten sowie das Verbot der Neuanlage von Schottergärten;
- e) eine konsequente, möglichst intensive **Dach- und Fassadenbegrünung** von Wohngebäuden und Gewerbebauten, die Schaffung von regenwasserdurchlässigen Außenanlagen und Bepflanzungsvorgaben in Baugebieten;
- f) eine intensivere Anlage von **Stadtgrün**, auch als innerstädtische Ruhe- und Funktionsräume;
- g) eine dauerhafte **Entsiegelung** städtischer Flächen.

Mit der angestrebten **Konzeptvergabe** für Baugebiete wird die Stadt Brühl künftig ein wirksames Steuerungsinstrument zur Eindämmung von Versiegelung in der Hand halten. Bei der Ausweisung von Gewerbegebieten wird die Koalition ebenfalls gleichwertig auf die Einhaltung von ökologischen und nachhaltigen Standards setzen.

## 3. Umwelt-, Natur- und Klimaschutz

Klimaschutz hier vor Ort in Brühl bringt uns Lebensqualität, Gesundheit – und fördert Wirtschaft und Wohlstand: Klimaschutz ist ein Standortfaktor. Wir werden gemäß dem erfolgreich praktizierten Klima-Modellprojekt »Innovation City Bottrop« die Bürgerinnen mit vielfältigen Beratungs- und Förderkampagnen in den Bereichen Wohnen, Arbeiten, Energie, Mobilität und Stadtleben unterstützen und so einen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Reduktion und zum Erreichen des **1,5-Grad-Ziels** für den Temperaturanstieg leisten und zugleich die Lebensqualität in Brühl erhöhen. Die rot-grüne Koalition wird deshalb die Stadt Brühl zur **Innovationsstadt für Klima-, Umwelt- und Naturschutz** deklarieren und bis 2030 klimaneutral machen. Die Stadtverwaltung hat hier Vorbildfunktion. Dazu brauchen wir beispielsweise mehr Photovoltaik-Anlagen (nicht nur) auf den Dächern der städtischen Gebäude. Städtische Bauvorhaben müssen ressourcenschonend geplant und umgesetzt werden, damit die baulichen Anlagen nach ihrer Lebens- und Nutzungsdauer umweltschonend und klimaneutral zurückgebaut und recycelt werden können (»cradle to cradle«).

### 3.1 Energiewende und Klimaschutz

Klimaschutz ist für die Zukunft Brühls ein zentrales Thema. Wir müssen vor Ort mehr tun, um unser Klima und unsere Umwelt zu schützen. Wir setzen alles daran, dass **nachfolgende Generationen** gut in Brühl leben können. Hierfür muss die Energiewende mehr in den Mittelpunkt rücken: Eine kommunale Energiewende schon das Klima, spart Finanzmittel ein und fördert die Entstehung regionaler Arbeitsplätze in den Bereichen erneuerbare Energien und innovative Technologien. Daher setzen wir uns folgende Ziele:

- Wir setzen uns ein für **mehr Ökostrom** in der Stadtverwaltung und Erhöhung der Gesamtlieferung der Stadtwerke Brühl GmbH an Strom aus erneuerbaren Energien für Privathaushalte und Gewerbetreibende.
- Die Stadtwerke und alle städtischen Gebäude müssen im Eigenverbrauch **bis 2030 klimaneutral** werden.
- Im Laufe des Jahres 2021 sollen die **Stadtwerke** ein Konzept vorlegen, wie sie den Anteil der erneuerbaren Energien an ihrer gesamten Stromversorgung schnell massiv erhöhen können.
- Ein ressourcenschonender Umgang mit Energie in öffentlichen Gebäuden wird vorangetrieben, indem der Ansatz des **European Energy Award** (Einbau effizienter Anlagen, Wärmedämmung) weiterverfolgt wird.
- Der **Stadtbus-Fuhrpark** wird sukzessive auf emissionsfreie Antriebstechniken umgestellt.
- Die Fortführung und Sicherung der **Energieberatung**, insbesondere Beratung zu Photovoltaik und Elektromobilität und entsprechendes Fördermanagement (KfW, NRW-Bank u. a.) wird angestrebt, bei gleichzeitiger Verbesserung des Informationsangebotes in diesem Bereich.
- Neben dem Ausbau der Photovoltaik auf städtischen Gebäuden müssen auch Programme aufgelegt werden, die die Nutzung **privater und gewerblicher Dachflächen** attraktiv machen. Zudem sollen neue Flächen für die Nutzung von Solarenergie (z. B. Fassaden, Lärmschutzwände) gesucht werden – Ziel sind 500 neue Brühler PV-Anlagen.
- Wir wollen einen **Klimaschutzfonds**, mit dem wir die Anstrengungen der Brühlerinnen für den Umweltschutz fördern können (z. B. für Fassadenbegrünungen, Entsiegelung oder den Rückbau von Schottergärten).
- Die Förderung von **Bürgerinnen-Photovoltaik- und Windkraftanlagen** (Genossenschaftsprojekte: Bürgerinnen können Anteile erwerben) wird von uns unterstützt. Die Flächen können noch immer landwirtschaftlich genutzt werden oder als Wildwiesen dienen. Freiflächenanlagen erzielen aufgrund ihrer optimalen Ausrichtung einen um bis zu 30 % höheren Ertrag als Dachanlagen.

- Die Suche nach konfliktarmen Standorten für die Nutzung von Windenergie wird weiter vorangetrieben.
- Ein starker Ausbau von erneuerbaren Energiequellen, z. B. aus Photovoltaik oder Wind, ermöglicht die Errichtung einer sogenannten »**Power-to-X**«-Anlage. Dort wird überschüssige Energie genutzt, um beispielsweise Wasserstoff herzustellen. Die Stadtwerke oder das Eisenwerk könnten zukünftig regionale Abnehmer des Wasserstoffs sein.
- Patenschaften der **Bepflanzungstreifen** in unserer Stadt müssen gefördert werden – zum Beispiel für eine bienenfreundliche Bepflanzung.
- Ökologische und CO<sub>2</sub>-sparende Maßnahmen müssen bei **städtischen** Bauvorhaben verstärkt berücksichtigt werden.
- Unsere Stadt muss auf **Extremwetter-Phänomene** wie Hitze, Starkregen und Sturm besser vorbereitet werden.
- **Lichtverschmutzung** wird durch Umstellung der Straßenbeleuchtung auf energieeffiziente LED-Lampen unter Beachtung des Insektenschutzes stärker berücksichtigt: LED-Leuchten, die nur nach unten strahlen, sind insektenfreundlicher als Kugelleuchten. Warmweiße LEDs ziehen weniger Insekten an als kaltweiße Leuchten. Die Beleuchtung sollte auf das Notwendige reduziert werden, um die Tierwelt zu schonen.

### 3.2 Abfallvermeidung und Ressourcenschonung

Stadtsauberkeit bedeutet **Lebensqualität**. Deshalb ist der Kampf gegen Vermüllung eine wichtige Grundlage für die Attraktivität Brühls. Angesichts der großen Klimarelevanz ist der Vermeidung von Abfällen vor deren fachgerechter Verwertung und Entsorgung Vorrang einzuräumen, denn weniger Abfall schont Ressourcen und Umwelt. Mit folgenden Maßnahmen wollen wir dazu beitragen:

- Müllvermeidung und Ressourcenschonung werden in der Verwaltung durch die Einführung eines **nachhaltigen Beschaffungswesens** umgesetzt: Bei Kleidung, Papier, Büromaterial, Reinigungsmitteln, Kaffee, Tee und Essen wird auf Aspekte wie »biologisch«, »regional« und »fair« geachtet, wobei Produkten mit klarer Zertifizierung, etwa nach EU-Ökoverordnung, Fair-Trade-Siegel/WFTO, Global Organic Textile Standard und anderen, Vorrang eingeräumt wird.
- **Aufklärungsarbeit** für Bürgerinnen wird durch die Stadtverwaltung und die Abfall- und Umweltberatung der Verbraucherzentrale Brühl sichergestellt, z. B. über nicht verwertbare Kompostbeutel aus Plastik oder über das Verbot von Streusalz und Pestiziden sowie bezüglich Mülltrennung im Allgemeinen.

### 3.3 Verbesserung der Sauberkeit in der Stadt

- **Zigarettenkippen** führen zu Schäden in Gewässern; deshalb brauchen wir mehr Aufklärung und Aschenbecher an Mülleimern oder z. B. ebenerdige Aschenbecher an Orten mit einem regen Nachtleben.
- Die Sichtbarkeit von **Mülleimern** soll verbessert und ihre Anzahl erhöht werden, etwa durch farblich auffällige Gestaltung, Sprüche, Fußabdrücke als Wegweiser etc.
- Konsequentes Verhängen von **Bußgeldern**, wenn Müll (z. B. Zigarettenkippen, Hundekotbeutel, Bauschutt, Sperrmüll) auf der Straße oder in der Natur entsorgt wird, soll gefördert werden. Das Einsetzen von Kräften des Ordnungsamts als **Mülldetektivinnen** soll gewährleisten, dass die Verursacher ermittelt werden können. **Wilde Müllkippen** sollen zudem innerhalb von 48 Stunden entfernt werden können. Für die Umsetzung der genannten Maßnahmen soll eine **Personalaufstockung** im Ordnungsamt erfolgen.
- Es sollen mehr Informationen zum Thema **Hundekotentsorgung** mit kostenlosen Hundekotbeuteln bereitgestellt werden.

- **Plastikkonfetti** in den Brühler Karnevalszügen soll vollständig ersetzt und auch weiteres Plastik vermieden werden, etwa durch Verwendung von Saatgutkonfetti oder Produkte aus Stärke oder Papier.
- Eine intensivere **Reinigung** durch die Stadtservicebetriebe nach Silvester und Karnevalszügen auch außerhalb der Innenstadt soll vorangetrieben werden.
- Wir fördern unverpackten, regionalen und fairen Konsum, z. B. durch Unterstützung von entsprechenden Geschäften im Rahmen der Wirtschaftsförderung und durch Kennzeichnung über die Brühl-App (z. B. Weltladen, Geschäfte und Marktstände, die unverpacktes und ökologisches Einkaufen ermöglichen oder faire Kleidung anbieten).
- Das Einhalten aller **Grenzwerte** für Luftverschmutzung wird überwacht und umgesetzt.

### 3.4 Naturschutz

Der Erhalt ökologisch wertvoller Landschaften und der Schutz der biologischen Vielfalt sind für uns zentral. Wir wollen **mehr Grün** in der Stadt. Konkret bedeutet das:

- **Biotopflächen** werden neu angelegt, bestehende miteinander vernetzt und die Pflege sichergestellt, insbesondere werden Renaturierung von Bachläufen und Neuanlegung von Streuobstwiesen gefördert.
- **Ausgleichsmaßnahmen** infolge von Baumaßnahmen erfolgen ortsnah.
- Eine **Minimierung des Flächenverbrauchs** und der Versiegelung sowie Förderung von Entsiegelung werden angestrebt.
- Wir dulden keine Bebauung ökologisch und klimatisch wertvoller **Freiflächen** (Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete, Kaltluftschneisen, geschützte Flächen per Definition).
- Städtischer **Baumbestand** bleibt möglichst erhalten und wird ausgebaut unter Erhalt der bestehenden Baumschutzsatzung. Es erfolgt eine Aufnahme von klimaangepassten Bäumen in die Liste (Klimaveränderungen werden ebenso berücksichtigt wie der Fokus auf heimische Arten).
- In Hitzeperioden werden die Bürgerinnen zur **Mithilfe beim Gießen** der Bäume, auch mithilfe von Wassersäcken, aufgerufen.
- Die Förderung von **extensiven Grünflächen**, auch auf Grundstücken der Gebausie, sowie der Verzicht auf Saisonbepflanzung wird vorangetrieben.
- Auf städtischen Ackerflächen werden mindestens zwei Meter breite **Blühstreifen und Ackerrandstreifen** angelegt.
- **Weniger Mähen** fördert die Artenvielfalt, nicht nur auf städtischen Flächen. Wichtig ist hier auch das Absammeln des Mülls vor dem Mähen zur Vorbeugung von Mikroplastikentstehung.
- Auf freiwerdenden Flächen auf Friedhöfen werden **Blühwiesen** und Lebensräume für Insekten angelegt.
- Die bereits beschlossene Initiative **»Essbare Stadt«** wird umgesetzt.
- Wir unterstützen Informationsangebote über **insektenfreundliches Gärtnern** mit biologischem Pflanzenschutz und die Volksinitiative Artenvielfalt NRW per Ratsantrag.
- Im Rahmen von Ausgleichsmaßnahmen wird ein **Bürgerinnenwald** angelegt: Dort können zu bestimmten Anlässen wie Hochzeiten oder Geburtstagen Obstbäume gepflanzt werden.
- Wir prüfen die Anlage eines **Waldlehrpfades** im Ville-Seen-Gebiet, bevorzugt in der Nähe des Wasserturmes. Der Lehrpfad soll auf didaktisch und sinnlich erfahrbare Weise Themen der ökologischen und gesundheitsbezogenen Funktion des Waldes aufgreifen, wie z. B. die Bedeutung für Artenvielfalt, Gesundheit und Klima.
- Zudem werden wir lokale Projekte wie **Schulgärten** und Kleingartenanlagen unterstützen.
- Wir fördern **Freiraumflächen** für leinenfreien Auslauf für Hunde.

Die Koalition hat sich darauf verständigt, dass in der Zeit ihrer Zusammenarbeit keine planungsrechtlichen Schritte hinsichtlich einer Erweiterung des **Phantasialands** unternommen werden, so dass sowohl die angrenzenden Natur- und Landschaftsschutzgebiete als auch die Flächen der Kleingartenanlage an der Kuhgasse unangetastet bleiben.

Als Leuchtturmprojekt streben wir eine Bewerbung Brühls als Ausrichter der **Landesgartenschau** NRW an. Hier könnten die neuen nachhaltigen und bürgernahen Freiflächen verbunden werden mit den schon bestehenden Naturflächen des Schlossparks. Hinzu kommen die kulturellen Highlights des Weltkulturerbes, das Max-Ernst-Museum, die nachhaltigen Mobilitätsangebote (u. a. Radstation) und nicht zuletzt die attraktive Innenstadt mit noch abzustimmenden neuen ökologischen Angeboten (Janshof, nachhaltiges Gewerbe etc.).

## 4. Mobilität

### 4.1 Klimafreundliche Mobilität für Brühls Zukunft

Um insbesondere die **Klimaziele** zu erreichen, besteht gerade im Verkehrsbereich erheblicher Handlungsbedarf. Die rot-grüne Koalition setzt die kommunale **Mobilitätswende** konsequent um. Wir wollen einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, mit sauberer Luft und weniger Lärm die Gesundheit schützen, Flächen effizienter verteilen und attraktive Bedingungen für den Brühler Einzelhandel schaffen. Mit mehr Platz für Fuß- und Radverkehr sowie mehr und besser bezahlbaren Bus- und Sharing-Angeboten steigern wir die Lebensqualität für die Menschen in Brühl.

Wir werden entschlossene und gut koordinierte Maßnahmen ergreifen. Diese können jedoch nur realisiert werden, wenn in den Transformationsprozess die Bevölkerung und die verschiedenen Interessengruppen eingebunden werden.

Die Mobilitätswende beginnt mit einem neuen Verständnis von Mobilität und Verkehr. Zu Fuß, mit dem Rad, mit Bus und Bahn – Brühl braucht Verkehrskonzepte, die nicht nur in Auto-Kategorien denken. Gemäß dem Leitsatz **»Mobilität erhalten, Verkehr reduzieren«** müssen Maßnahmen aus dem Bereich der Verkehrsvermeidung, der Verkehrsverlagerung und der verträglichen Abwicklung von Verkehren mit dem zukunftsweisenden Handlungsansatz des Mobilitätsmanagements verknüpft werden.

Eine wesentliche Rahmenbedingung ist die Einführung des **Mobilitätsmanagements** in die integrierte Verkehrsplanung. Mobilitätsmanagement muss vollwertig neben dem Verkehrs- und Infrastrukturmanagement in der Verwaltung institutionalisiert werden. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Verwaltung diesen Ansatz integriert.

### 4.2 Vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Kommunalpolitik und Verwaltung

Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Gestaltung der Mobilitätswende ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Politik und der Verwaltung. Es ist unsere Aufgabe als Politik, die Rahmenbedingungen für die Mobilitätswende zu setzen. Die Kommunalverwaltung hat die Aufgabe, die dazugehörigen Fachpläne zu erstellen und umzusetzen.

- Wir werden bei der Umsetzung der Mobilitätswende dafür Sorge tragen, dass die Verwaltung diese Aufgabe mit ausreichenden **personellen und finanziellen Ressourcen** erledigen kann.
- Für die erfolgreiche Umsetzung des Kommunalen Mobilitätsmanagements braucht es eine zentrale Gesamtkoordination, die Prozesse anstößt, zwischen den verschiedenen Fachbereichen vermittelt und bei gemeinsamen Projekten die Teilschritte abstimmt: die **Mobilitätsmanagerin**.
- In einer Organisationseinheit (Fachbereich oder Stabsstelle) sind die wesentlichen Handlungsfelder einer nachhaltigen Mobilitätsentwicklung zusammenzufassen. Die Organisationseinheit ist mit ausreichenden **Personalressourcen** auszustatten. Dies soll durch interne Umschichtungen von vorhandenem Personal und ggf. Neueinstellungen (z. B. Verkehrsingenieurin) erfolgen.
- Um die Ziele der Mobilitätswende zu erreichen, zeitnah zu planen und Projekte zu realisieren, müssen die **Planungskapazitäten** in der Verwaltung für die Verkehrsmittel im Umweltverbund erhöht und der Ansatz des Mobilitätsmanagements realisiert werden. Wesentlich ist hierbei der **strategische Ansatz** des kommunalen Mobilitätsmanagements (s. o.).
- Bevor ein neues Mobilitätskonzept in Auftrag gegeben wird, gilt es, die bisherigen Beschlüsse zu Verkehr und Mobilität in einer **Synopse** zusammenzutragen. Diese Zusammenstellung ist ggf. die Grundlage für die Erstellung eines kommunalen Mobilitätskonzeptes.
- Zudem werden wir gemeinsam mit der Verwaltung zu verschiedenen Themen der Mobilitätswende Formate für einen **Wissenstransfer** durchführen (z. B. Workshops, Exkursionen, interfraktioneller Arbeitskreis). Politik und Verwaltung machen sich hier insbesondere die Beratung und Erfahrung des Zukunftsnetzes Mobilität NRW und der Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher

Städte, Gemeinden und Kreise in NRW zunutze, deren Mitglied die Stadt Brühl seit deren Gründung ist.

### 4.3 Die Stadtwerke als moderner Mobilitätsdienstleister

Die Mobilitätswende braucht ein starkes kommunales Verkehrsunternehmen. Es gilt, die Stadtwerke zu einem modernen Mobilitätsdienstleister auszubauen. Dazu gehören z. B. die Organisation und Abwicklung von **Sharing-Systemen** sowie die Umsetzung einer **Marketingstrategie** für die Mobilitätswende.

Laut ÖPNV-Gesetz NRW ist die Stadt Brühl **Aufgabenträgerin für das Stadtbussystem**. Die Zusammenarbeit zwischen dem Rat, der Stadtverwaltung und den Stadtwerken ist auf dieser Grundlage zu gestalten. Das bedeutet konkret, dass die Stadt Brühl für die Planung, Organisation und Ausgestaltung des Stadtbussystems zuständig ist und hierzu die Stadtverwaltung die notwendigen Ressourcen vorhält. Die Stadtwerke werden verpflichtet, regelmäßig im Ausschuss für Verkehr und Mobilität zu berichten.

### 4.4 Kommunikation für mehr Akzeptanz

Die Entwicklung einer Kommunikationsstrategie zur Mobilitätswende soll Rückmeldungen der Bürgerinnen aufnehmen, die Akzeptanz der Maßnahmen in Bevölkerung und Wirtschaft erhöhen und Entscheiderinnen und Planungsbehörden dabei unterstützen, die unterschiedlichen Maßnahmen umzusetzen. Wir werden für die Entwicklung eines Zukunftsbildes und einer daraus abgeleiteten **Marketingstrategie** die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen. Als Orientierung dient der Schlüssel **5 € jährlich** pro Einwohnerin.

### 4.5 Verkehrssicherheit für Kinder stärken

Wir wollen den Verkehr sicherer machen – geleitet von der **Vision Zero** des Deutschen Verkehrssicherheitsrates (DVR), also null Verkehrstote und Verletzte in Brühl. Dabei wollen wir besonders auf die Sicherheit der Kinder im Straßenverkehr achten. Hierfür soll insbesondere die Arbeit der **Kinderunfallkommission** gestärkt werden.

- Für Kinder müssen die **Schulwege** so sicher sein, dass sie sie ohne Ängste zu Fuß bewältigen können.
- Verkehrschaos durch Elterntaxis vor den Schulen gefährden unsere Kinder. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Schulen bei der Umsetzung eines **schulischen Mobilitätsmanagements** durch die Stadtverwaltung konsequent unterstützt werden. Dazu gehören z. B. Angebote wie »Geh-Spaß statt Elterntaxi« (Dreiklang: Mobilitätsbildung, Elternhaltestelle, Stadtteilspaziergänge mit Kindern) und Fahrradsicherheitschecks.
- Vor den Schulen muss das **Parken** unterbunden werden, damit unsere Kinder hier Übersicht und Orientierung gewinnen. Vor Kitas und Schulen muss die Geschwindigkeit während der Hol- und Bringzeiten, soweit rechtlich möglich, auf Schritttempo reduziert werden.
- Wir werden insbesondere **Kinder und Jugendliche** als Generation der Zukunft an kommunalen Planungsvorhaben **beteiligen**. Die jungen Menschen können so mit ihrer Perspektive neue Impulse für eine zukunftsfähige Mobilität in Brühl geben und gleichzeitig an kommunale Prozesse und Politik herangeführt werden.

### 4.6 Zu Fuß im öffentlichen Raum

Zu Fuß unterwegs zu sein ist die einfachste Möglichkeit, mobil zu sein. Wir stärken das Zufußgehen besonders durch eine größere Anzahl von **Zebrastreifen**, **breitere Gehwege** und **längere Grünphasen** an Ampeln. Gerade Kindern, alten und mobilitätseingeschränkten Menschen muss genug Zeit gegeben werden, Straßen sicher zu überqueren.

- Von jedem Stadtteil sind attraktive **Fußwegeverbindungen in die Innenstadt** zu gestalten.



- Die Planungselemente der **beispielbaren und besitzbaren Stadt** werden wir konsequent fortsetzen und auf alle Stadtteile ausweiten.
- Für sichere Fußwege müssen wir die **Kfz-Geschwindigkeiten verringern**. In der Innenstadt und in den Wohngebieten der Brühler Vororte fordern wir durchgehend eine Begrenzung auf 30 km/h. Dort, wo es uns rechtlich möglich ist, werden wir dies zügig umsetzen. Im Übrigen werden wir uns dafür einsetzen, dass zur Sicherheit der Fußgängerinnen und unserer Kinder die verkehrsberuhigten Zonen mit straßenbaulichen und anderen Maßnahmen zur Verringerung der Fahrgeschwindigkeiten ausgestattet werden.
- **Stadtteilkonzepte** werden entwickelt mit Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, autofreien öffentlichen Plätzen, verkehrsberuhigten Bereichen und Shared Spaces (Bereichen, in denen alle Verkehrsteilnehmerinnen gleichberechtigt sind). Jedes Jahr wollen wir gemeinsam mit der Bürgerschaft Plätze und Straßenräume dauerhaft lebenswerter gestalten. Insbesondere gilt es hier, die Belange von Kindern zu berücksichtigen (Spielorte, Platz fürs Radfahren).
- Die Durchführung der **WEPAG-Autoshow** »Mobiles Brühl« in der Fußgängerzone ist in der bisherigen Form nicht mehr zeitgemäß. Die Verwaltung wird angehalten, das Zurschaustellen von Autos auf dem Markt nur noch für **Autos mit alternativen Antriebskonzepten** zu genehmigen, während Autos mit fossilen Antrieben nur noch auf benachbarten Parkplätzen ausgestellt werden können. Ansonsten soll der Markt während der Veranstaltung »Mobiles Brühl« dem **Umweltverbund** (z. B. Stadtbus, Fahrradhändler) und **Sharingdienstleistern** des Mobilitätssektors vorbehalten sein.

#### 4.7 Brühl – die ideale Fahrradstadt

Wir werden Brühl weiter zu einer fahrradfreundlichen Stadt ausbauen. Dies schaffen wir aber nur, wenn wir auch unsere Straßen **baulich** für den Radverkehr verändern und zusätzliche **Fahrradstraßen** und **Fahrradzonen** schaffen.

- Basierend auf dem bereits beschlossenen **Masterplan Rad** werden wir einen Umsetzungsplan entwickeln, um ein leistungsfähiges und durchgängiges **Radverkehrsnetz** zu schaffen, das alle Stadtbezirke und Orte des öffentlichen Lebens verbindet. Die vorhandenen Radwege werden wir konsequent sanieren und entsprechend den wachsenden Anforderungen des Radverkehrs ausrichten.
- Für **Problemstellen** (z. B. die Überquerung an der Haltestelle Brühl Süd, die Bahnunterführung an der Rheinstraße oder die Durchquerung des Vochemer Industriegebiets) werden wir konsequente Lösungen suchen.
- Es sollen überall dort, wo PKW und LKW schneller als 30 km/h fahren dürfen und es räumlich möglich ist, farblich abgesetzte Radwege mit dem Ziel einer **Mindestbreite von 2,30 m** und einer ganzjährigen Nutzbarkeit geschaffen werden. Dies soll nicht zulasten von Flächen für Fußgängerinnen und den Öffentlichen Verkehr oder des Stadtgrüns gehen.
- Vorrang für das Fahrrad heißt auch, dass wir **getrennte Grünphasen** für den Radverkehr einrichten und Radfahrerinnen Kreuzungen ohne gleichzeitigen Autoverkehr passieren können.
- Um die Nutzung von Fahrrädern noch attraktiver zu machen, müssen auch ausreichend sichere **Abstellmöglichkeiten** geschaffen werden – mit dem massiven Ausbau von Bike+Ride (Abstellanlagen und Fahrradparkhäuser an den Stadtbahn-Haltestellen), **Rad- und Lastenrad-Verleihsystemen** und Fahrradabstellmöglichkeiten im öffentlichen Raum.
- Der überregionale Radverkehr mit schnellen und sicheren Verbindungen zwischen Köln und Bonn, aber auch zu den anderen Brühler Nachbarstädten, z. B. nach Wesseling, muss besser gefördert werden. Wir werden dazu völlig neue Strecken schaffen, die ausschließlich als **Radschnellwege** dienen. Es ist Aufgabe der Stadtverwaltung, hierzu die notwendigen Abstimmungen mit den Nachbarkommunen vorzunehmen (z. B. auch mit Hürth für den Anschluss an den geplanten Radschnellweg Fischenich–Köln).

- Damit Kinder genügend Raum zum sicheren Fahrradtraining haben, ist auf öffentlichen Plätzen Mobiliar für »**Fahrradparcours**« einzurichten.
- Der Brühler Einzelhandel wird unterstützt, indem wir das während des Lockdowns zum Teil bereits erprobte Modell des **Fahrradlieferservice** weiter fördern.
- Die jährliche Aktion »**Stadtradeln**« wird weiterhin aktiv unterstützt.

## 4.8 Bus & Bahn ausbauen

Ein **fahrgastorientierter, flexibler und kostengünstiger ÖPNV** ist ein wesentliches Element der Mobilitätswende. Dies bedeutet höhere Takte und Beschleunigungsmaßnahmen. Ein dichtes und barrierefreies ÖPNV-Angebot ermöglicht allen Bevölkerungsgruppen die Teilhabe am öffentlichen Leben und die Erfüllung ihrer Mobilitätswünsche. Stadtbusse und On-Demand-Verkehre sollen alle Stadtteile für die Bürgerinnen erschließen. Die Verbindung in die Nachbarstädte muss durch schnelle und häufig verkehrende Regionalbusse, Schnellbuslinien, Stadtbahnen und Züge sichergestellt werden.

Brühl ist **Aufgabenträger für den Stadtbus**. Dies gilt es zu erhalten, damit die Planung auch weiterhin in städtischer Hoheit bleibt. Im Einzelnen planen wir für den Stadtbus:

- **Lücken** im Stadtbusnetz müssen beseitigt werden.
- Die **Bahnhöfe**, das **BTV-Sportzentrum** und die **Hochschulen** des Bundes werden mit weiteren Linien in das Stadtbussystem eingebunden.
- Eine weitere Stadtbus-Linie soll in den **Brühler Süden** geführt werden.
- Buslinien durch den Brühler Süden sollen an die Brühler Bahnhöfe angebunden werden.
- Das **Kierberger Oberdorf** wird an die Linie 701 angebunden.
- Eine Verdichtung des Stadtbusangebotes auf einen **20-Minuten-Takt** wird angestrebt.
- Die ÖPNV-Erreichbarkeit **abends, nachts und am Wochenende** muss weiter verbessert werden, unter anderem durch ein modernes On-Demand-System.
- Auch die noch nicht modernisierten **Stadtbushaltestellen** sollen barrierefrei umgebaut und begrünt werden.
- Der Busverkehr erhält **Vorfahrt** durch intelligente Ampelschaltungen und, wo es möglich ist, durch spezielle Fahrspuren.
- Eine Renovierung der **Haltestelleninfrastruktur** wird realisiert durch ihre Ausstattung mit elektronischen Fahrgastinformationsanzeigern, den Ausbau von sicheren Rad-Abstell-Anlagen und Wartehäuschen ohne Fremdwerbung.
- Ein **10-min-Takt der Linie 18** in Richtung Bonn wird unterstützt.
- Wir wollen, dass eine **Stadtbahnverbindung Brühl–Wesseling–Köln** geschaffen wird. Die Voraussetzungen sind teilweise durch die ehemalige Linie 19 schon vorhanden. Hieran wollen wir anknüpfen: Die sogenannte »**Querbahn**« zwischen Brühl und Wesseling soll künftig für den regulären Stadtbahnbetrieb genutzt werden. Die derzeit in Sürth endende Linie 17 muss so bald wie möglich über Wesseling mit Haltestellen in Berzdorf und Brühl-Ost bis nach Brühl geführt werden. Die in Köln geplante Verlängerung der Stadtbahn nach Rondorf und Meschenich kann weiter nach Berzdorf und von dort über die »**Querbahn**« auch nach Brühl geführt werden.
- Einfache und **klare Tarifsysteme** müssen das Ziel im ÖPNV sein. Wir werden die Stadtwerke damit beauftragen, sich in den Gremien des VRS für diese Entwicklung einzusetzen und im Ausschuss für Verkehr und Mobilität über den Fortgang der Tarifentwicklung beim VRS zu berichten.
- Wir werden uns für **kostengünstigere Fahrpreise** einsetzen und behalten das langfristige Ziel eines kostenlosen ÖPNV im Blick. In Anbetracht der Tatsache, dass die Städte, die ein kostenloses oder preis-

günstiges Ticket (z. B. 365-Euro-Ticket) eingeführt haben, zunächst massiv den ÖPNV ausgebaut haben und dies über eine Nutznießerfinanzierung (d. h. mit Beteiligung von Dritten, welche vom ÖPNV profitieren, an dessen Kosten) ermöglicht haben, gilt es hierfür für Brühl als ersten Schritt zunächst den ÖPNV auszubauen.

- Die Stadt führt ein **Neubürgerinnenticket** mit ein und lädt neu hierhergezogene Bürgerinnen damit vom ersten Tag ein, klimaschonend mobil zu sein.
- Auch im Rahmen des betrieblichen Mobilitätsmanagements setzen sich Stadt und Stadtwerke gemeinsam für die Gewinnung weiterer Kundinnen ein, indem z. B. **Jobtickets** bei einzelnen Arbeitgebern oder in Gewerbegebieten vertrieben werden.
- Wir werden die Stadtwerke damit beauftragen, bis Ende 2021 ein **Finanzierungskonzept** für mögliche Preissenkungen bei bestimmten Ticketarten zu erstellen und dabei mögliche Nutznießerfinanzierungen zu berücksichtigen.

#### 4.9 Stadtweites Mobilstationen-Netz

- Neben Bahnhöfen und Haltestellen soll es **in jedem Stadtteil mindestens eine Mobilstation** mit Sharing-Angeboten geben, die die verschiedenen Verkehrsmittel miteinander vernetzt. Hierfür können Kfz-Stellplätze in reservierte Stellplätze für (stationäres) Sharing umgewidmet werden.
- Wir initiieren in einem Modellwohngebiet (Neubau oder Bestand) eine Möglichkeit zum **nachbarschaftlichen Fahrzeugteilen**. Hierbei kann die Stadt bzw. können die Stadtwerke einer interessierten Nachbarschaft Starthilfe für das Teilen vorhandener Fahrzeuge und die Einbeziehung von E-Lastenrädern und anderen klimaschonenden Fahrzeugen geben.

#### 4.10 Stadt der kurzen Wege

Brühl ist die Stadt der kurzen Wege. Um dieses Motto mit Leben zu füllen, bedarf es einer integrierten Stadt- und Verkehrsplanung. Wir prüfen den Ansatz der **»15-Minuten-Stadt«**. Dieser stellt eine Konkretisierung bzw. Weiterentwicklung des städtebaulichen Leitbilds der **»Stadt der kurzen Wege«** mit einer spezifischen Zielsetzung für die Nahmobilität dar.

#### 4.11 Autoverkehr

Wir wollen mit unseren Maßnahmen attraktive Alternativen zur Autonutzung schaffen. Wir sind uns aber bewusst, dass nur durch das Zusammenspiel von Push- und Pull-Maßnahmen die notwendigen Effekte erzielt werden. Das bedeutet auch die Umverteilung des Straßenraums zugunsten von Fuß-, Rad- und öffentlichem Verkehr sowie von städtebaulich attraktiven Aufenthaltsmöglichkeiten. Ohne dies wird die Mobilitätswende nicht gelingen.

- Ziel ist, dass **70 %** der Wege (sog. Modal Split für den Gesamtverkehr) durch den Umweltverbund (ÖPNV, Fahrrad, zu Fuß) zurückgelegt werden. Dazu ist ein Stufenplan mit regelmäßiger Evaluation notwendig.
- Wir streben an, die **weitgehend autofreie Innenstadt** (kein Autoverkehr für Private außer für Anwohnende und Mobilitätseingeschränkte – Ausnahmen für Busse, Taxis, Geschäfts-, Liefer- und Baustellenverkehr) sukzessive bis 2025 bei gleichzeitigem Aufbau des Umweltverbundes zu verwirklichen. In hoch belasteten Straßen wie der nördlichen Kölnstraße, die als Zufahrt zum Belvedere-Parkplatz dient, sollen die Lebensqualität für die Anwohnerinnen und die Attraktivität für den Einzelhandel erhöht werden. Dies soll in einem ersten Schritt versuchsweise unter Einbeziehung der Brühler Bürgerinnen und der vor Ort betroffenen Geschäftsleute umgesetzt werden. Dabei muss die Erreichbarkeit des Brühler Einzelhandels gewährleistet bleiben.

- Öffentliche **Parkplätze** werden schrittweise in anderweitige Flächen zur Verbesserung der Mobilität und Aufenthaltsqualität (z. B. Radabstellanlagen, Grünflächen, Carsharing-Stationen, Sitz- und Spielgelegenheiten) umgewandelt (mindestens **2 % pro Jahr**). Das **Parkraummanagement** wird ausgebaut und die **Stellplatzsatzung** mit dem Ziel eines geringeren Flächenverbrauchs reformiert. Insbesondere ist im Zusammenhang mit der Überplanung des Kaufhofgeländes anzustreben, die Tiefgarage als Quartiersgarage zu nutzen.
- Neue Stadtquartiere werden möglichst **autofrei** geplant (z. T. mit **Quartiersgaragen** am Rand).
- Zur besseren Leitung von Kfz-Verkehrsströmen wollen wir ein optimiertes **Verkehrssystem** einführen: Wir brauchen mehr Kreisverkehre, um den Stau an Ampeln zu reduzieren, und wir müssen dafür sorgen, dass Autofahrerinnen auf der Suche nach einem Parkplatz nicht kilometerweit in der Stadt herumfahren müssen.
- Die Situation rund um die **Haltestelle Brühl Nord** muss aufgrund der langen Schranken-Schließzeiten der Stadtbahn neu geordnet werden. Die Kaiserstraße muss zwischen Römerstraße und Kölnstraße weiter verkehrsberuhigt werden. Damit sollen vor allem das Zufußgehen und Radfahren attraktiver und sicherer werden.
- Die **Grenzwerte** für Luftverschmutzung und Lärmemissionen müssen eingehalten werden.
- Bei der Elektromobilität werden wir die **Ladeinfrastruktur** unter der Maßgabe der Kompatibilität (Interoperabilität) mit bestehenden Ladeangeboten/-Anbietern und unter Beachtung geringstmöglichen Flächenverbrauchs ausbauen und zudem gewerbliche Elektromobilität fördern.
- Die Bereitstellung von **Wasserstoff-Tankstellen** wird u. a. im Rahmen der zukünftigen Erweiterung der Stadtbusflotte und zur eventuellen Nutzung durch Privatpersonen unterstützt.

#### 4.12 LKW-Verkehr

Ein besonders wichtiges Ziel ist die **Entlastung der Innenstadt** vom LKW-Verkehr. Durchgangsverkehr von LKWs belastet die Anwohnerinnen, gefährdet andere Verkehrsteilnehmerinnen und verpestet unsere Luft. Hier muss ein Verbot für LKWs her, die nicht als Ziel oder Ursprung die Innenstadt haben. Wir werden uns dazu auch nachdrücklich gegenüber dem Land NRW dafür einsetzen, dass zum Beispiel die Theodor-Heuss-Straße, Kaiserstraße oder andere Ausfallstraßen im Brühler Stadtgebiet keine Vorrangstraßen mehr für den LKW-Verkehr sind.

Eine Beteiligung der Stadt an dem Landesprojekt **»Effiziente und stadtverträgliche LKW-Navigation«** (SEVAS), das die Möglichkeit bietet, durch ein digitales Routensystem stadtverträgliche Routen für den LKW-Verkehr festzulegen, wird weiterhin aktiv unterstützt.

#### 4.13 Zielgruppenspezifisches Mobilitätsmanagement

Um die bisherigen Mobilitätsroutinen zu durchbrechen und neue zu schaffen, ist die Einführung eines **zielgruppenspezifischen und standortbezogenen Mobilitätsmanagements** notwendig.

- Die Koordination und Umsetzung des zielgruppenspezifischen Mobilitätsmanagements ist in das **Aufgabenportfolio** der Stadtverwaltung und der Stadtwerke zu integrieren.
- Dazu gehören das betriebliche und schulische Mobilitätsmanagement (hier in Kombination mit der Kinderunfallkommission), die Mobilitätsberatung in Wohngebieten (z. B. mit der Gebausie ein Mieterrinnticket einführen) und die Einführung eines Neubürgerinnenmarketings.
- Alle stadt-eigenen Einrichtungen gehen als Vorbild voran und unterziehen sich einer **betrieblichen Mobilitätsberatung**. Mit betrieblichem Mobilitätsmanagement werden wir die Wirtschaft stärken.

#### 4.14 Stadtexperimente durchführen

Die Vorteile der Mobilitätswende müssen erlebbar werden, damit Bevölkerung und Einzelhandel diese unterstützen. Die Verwaltung wird beauftragt, dazu ein Konzept für »Stadtexperimente« (Parking Days, temporäre Straßensperrungen, Mobilitätstage) zu erarbeiten und umzusetzen. Die Verwaltung und die Stadtwerke werden beauftragt, jährlich an der **europäischen Woche der Mobilität** (16.–22. September) teilzunehmen.

#### 4.15 Kosten im Verkehr transparent machen

Maßnahmen zur Finanzierung des Umweltverbundes sind kostengünstiger als die Finanzierung des bisherigen Verkehrssystems. Es ist Aufgabe der Stadtverwaltung, die Ausgaben im städtischen Haushalt für die unterschiedlichen Verkehrsmittel **jährlich darzustellen**.

Die Finanzierung einer zukunftsfähigen Mobilität benötigt **weitere Finanzierungsinstrumente** wie Parkraumgebühren, Ablösebeiträge aus Stellplatzsatzungen und Drittfinanzierung. Hierzu werden wir die Erstellung eines Finanzierungskonzeptes in Auftrag geben.

## 5. Kinder, Familie und Jugendhilfe

### 5.1 Kinderbetreuung

Unser Wunsch für Brühl ist eine qualitativ **hochwertige Kinderbetreuung**, bei der Familien möglichst wohnortnah ihren Betreuungsbedarf decken können.

- Wir wollen deshalb, dass Familien frei in der Entscheidung über Art und Umfang der Kinderbetreuung sind. Hier bedarf es eines Ausbaus der **U3-Betreuung**, damit der bestehende und zukünftige Bedarf gedeckt werden kann. Es sollen darüber hinaus Kapazitäten für eine mögliche **unterjährige Aufnahme** geschaffen werden. Hierfür wird vereinbart, dass die Verwaltung ein Umsetzungskonzept unter Berücksichtigung der entstehenden Kosten erstellt.
- Wir streben an, die Schließzeiten der Kitas in den **Ferien** zu verringern. Die Verwaltung soll prüfen, wie eine Umsetzung aussehen kann, wie der Personalschlüssel der Erzieherinnen angepasst werden müsste und welche Kosten damit verbunden sind.
- Wir werden in den Brühler Kitas **sozialer Segregation entgegenwirken**, indem bei der Vergabe der Trägerschaft an freie Träger die städtischen Aufnahmekriterien vorgeschrieben werden. Wir wollen Vor- und Nachteile städtischer und nicht-städtischer Trägerschaften bei anstehenden Vergaben der Trägerschaft von Kitas jeweils abwägen. Uns ist die Schaffung tarifgebundener Arbeitsplätze in den Kitas wichtig. Wir wollen die Zusammenarbeit mit privaten Kindertagesstätten intensivieren, um soziale Segregation gemeinsam zu bekämpfen.
- Wir möchten die **Kitagebühren schrittweise abschaffen**. Dafür soll die Verwaltung darstellen, welche Kosten dabei entstehen und wie eine Realisierung aussehen könnte. Vorrang haben zunächst jedoch Ausbau und Qualität des Betreuungsangebots.
- Wir wollen, dass möglichst in allen Kitas gesund, frisch und wann immer möglich mit Zutaten aus biologischem Anbau **gekocht** wird. Dabei sind Kooperationen mit regionalen Landwirten zu prüfen. Die Verpflegung für alle Kinder soll zudem kostenfrei sein. Bei Kitas, welche über keine eigene Küche verfügen und in denen die Einrichtung einer eigenen Küche nicht möglich ist, ist eine Anbindung an die zu prüfende »Küche für Brühl« (siehe Kapitel 7: Schule) zu prüfen.

### 5.2 Spielplätze

Wir setzen uns für größere und noch attraktivere Spielplätze für alle Altersgruppen ein. Dabei soll das Konzept von **Themenspielplätzen** verfolgt werden. Ebenfalls sollen Kindern **Frei- bzw. Grünflächen** zur Verfügung gestellt werden, die sie frei gestalten und nutzen können. Wir wollen das Angebot an Spielgeräten im Hinblick auf Aspekte der **Inklusion** attraktiver gestalten und ausbauen.

### 5.3 Angebote für Kinder und Jugendliche

Wir wünschen uns, dass Kinder und Jugendliche umfassend im Stadtleben eingebunden sind und die Stadt selbst **mitgestalten** können. Kinder und Jugendliche sollen schon früh **Demokratie** kennenlernen und selbst leben. Wir wollen deshalb das bereits gestartete Konzept für Kinder- und Jugendbeteiligung wie geplant evaluieren, ggf. verbessern und auf alle Schulen und Kitas ausweiten.

- Wir wollen **eigene Aufenthaltsorte für Jugendliche** schaffen. Unter Einbeziehung der Jugendlichen sollen sichere und geeignete Orte gefunden werden, die über die Mitnutzung von Kinderspielplätzen hinausgehen. Kinder und Jugendliche sollen insbesondere auch städtische Sportanlagen kostenfrei nutzen können, selbst wenn sie keinem Verein angehören. Wir wollen eigene Veranstaltungskonzepte und **Kulturangebote** anbieten, die speziell 14- bis 29-Jährige ansprechen.
- Wir wollen **mehr verkehrsberuhigte Bereiche** im Stadtgebiet schaffen, um Kindern ausreichend Möglichkeiten für das freie Spielen auf Straßen zu bieten.

## 5.4 Zertifizierung der Stadtverwaltung als »familienfreundliche Arbeitgeberin«

Wir wollen, dass die Stadt eine **Vorbildfunktion** im Hinblick auf die Familienfreundlichkeit einnimmt. Deshalb sollen die Stadtverwaltung und städtische Betriebe als familienfreundliche Arbeitgeber ausgezeichnet werden. Dafür muss geprüft werden, welche Siegel dafür infrage kommen (z. B. audit oder Bertelsmann-Stiftung).

## 5.5 Frühe Hilfen, Beratungsangebote, Kinderklinik

Wir wollen Familien in allen Lebenslagen **Beratungsangebote** zur Verfügung stellen.

Deshalb wollen wir die Projekte im Bereich der Kinderarmutsprävention und der **Frühen Hilfen** weiterführen, ausbauen und insbesondere sozial benachteiligte Familien fördern. Wir wollen vor allem Beratungsmöglichkeiten in den Bereichen Schwangerschaft und Erziehung ausbauen.

Wir unterstützen den Aufbau einer **Kinderklinik** im Rhein-Erft-Kreis, sofern dadurch eine bessere (ortsnahe) Versorgung für Brühl im Vergleich zum Status quo erreicht werden kann.



## 6. Schule

### 6.1 Schulküche in städtischer Trägerschaft

Essen an Schulen ist ein pädagogisch kostbares Element, in dem sich Bildung und persönliche Entwicklung in ganz konkreter Weise verwirklichen. Der Schulträger muss seiner Verantwortung gerecht werden und eine bestmögliche Verpflegung für junge Brühlerinnen gewährleisten.

Beim Brühler Schulessen sollen höchstmögliche **Qualitätsstandards** für alle verwirklicht werden, sowohl was die warme Verpflegung als auch Snackangebote wie bspw. Schulkiosks betrifft. Die Standards genügen vollständig den Kriterien einer gesunden und vollwertigen Ernährung (vgl. DGE). Ebenso werden umfassende Kriterien einer nachhaltigen Produktion berücksichtigt:

- ein möglichst hoher Anteil an Produkten aus **regionaler** Erzeugung,
- ein möglichst hoher Anteil an **biologisch erzeugten** Lebensmitteln (mindestens 30 %),
- kurze Transportwege und wenig Verpackung,
- möglichst hohe Anteile an **saisonalen** Erzeugnissen,
- ein Schwerpunkt auf vegetarischer Kost (gemäß der offiziellen Empfehlung der DGE).

Eine Kooperation mit regionalen Erzeugern, bspw. Biobauern, wird angestrebt. Um die anspruchsvollen Qualitätsstandards gewährleisten zu können, werden wir eine **städtisch geführte Küche** (»Brühler Küche«) für die Brühler Schulen (sowie für Brühler Kitas, die sich anschließen möchten) einrichten, wobei die Details der Umsetzung noch zu prüfen sind.

### 6.2 Solidarisch ausgerichtetes Finanzierungsmodell für Schulessen

Schulessen ist ein Teil von Bildung und sollte in dieser Funktion niemandem aufgrund des Preises vorenthalten bleiben. Gleichzeitig dient es dem Vermitteln der Wertigkeit von Lebensmitteln.

Wir präferieren grundsätzlich die kostenlose Variante für alle Schülerinnen und streben eine **unbürokratische Umsetzung** an, die zudem Stigmatisierung vermeidet. Die genaue Ausgestaltung und der Zeitrahmen bleiben abhängig von den Ergebnissen eines Prüfauftrags.

### 6.3 Systemadministratorinnen in den Schulen

Die Digitalisierung stellt Schulen vor die große Herausforderung, den stetig wachsenden Pool an IT-Hardware zu administrieren und zu warten. Wir sehen den dringenden Bedarf, die Brühler Schulen hierbei zu unterstützen. Deshalb werden wir die Verwaltung damit beauftragen, das hierfür zuständige Personal deutlich aufzustocken.

- In einem ersten Schritt möchten wir hierfür **drei neue Stellen in der IT-Abteilung** einrichten, welche die Brühler Schulen in technischer Hinsicht bei der Umsetzung der Digitalisierung unterstützen werden. Dies entspricht etwa einer Stelle auf 1500 Schülerinnen. Wo es sinnvoll ist, werden wir auch interkommunale Zusammenarbeit anstreben, damit IT-Infrastrukturen angemessen ausgebaut, der Betrieb und die Administration sinnvoll organisiert werden und dazu Fördermittel zielgerichtet gemeinschaftlich beantragt werden können.
- Wir prüfen darüber hinaus jährlich den **Bedarf** für IT-Betreuung von Schulen und passen die Personalausstattung entsprechend an.
- Wir streben an, die Stellen so weit wie möglich über den **Digitalpakt** (ZV-Administration) und andere Förderprogramme zu refinanzieren.

## 6.4 Sanierungen von Schulen umsetzen – Schulplätze sichern

Die Verwaltung wird damit beauftragt, eine umfassende **Aufstellung aller anstehenden Sanierungen** und nötigen Baumaßnahmen im Bereich Schule zu erstellen. Wichtige Schritte sind bereits erfolgt, insbesondere im Bereich der Sanitäreinrichtungen. Nach Vorliegen der Liste ist eine Priorisierung der Maßnahmen notwendig.

Darüber hinaus wird die Verwaltung damit beauftragt, den **grundsätzlichen Erweiterungsbedarf** der Brühler Schulen zu erfassen und notwendige bauliche Erweiterungen schnellstmöglich umzusetzen. Den größten Bedarf sehen wir hier an der Pestalozzi-Schule. Dabei soll den Bedürfnissen der Familien bezüglich gewünschter **Schulformen** Rechnung getragen werden. Bei Bedarf ist auch die **Eröffnung weiterer Schulen**, ggf. auch einer zweiten Gesamtschule, in Betracht zu ziehen.

Es soll beschlossen werden, notwendige Maßnahmen gemäß Dringlichkeit zu hierarchisieren und diese schnellstmöglich abzuarbeiten.

## 6.5 Fördertopf für schulische Innovation

Bildung ist ein lebendiger Prozess, der von stetiger Veränderung und Weiterentwicklung lebt. Wir wollen **Innovation an Brühler Schulen unterstützen** und mit einem jährlich garantierten Fördergeld signalisieren, dass Geld für gute Ideen zur Weiterentwicklung von Schule an zentraler Stelle bereitsteht.

- Es wird daher ab 2022 ein Betrag von zunächst **250.000 € jährlich** im Haushalt eingestellt. Die konkrete Höhe der Mittel soll jährlich evaluiert und an Bedarf und Haushaltslage angepasst werden. Die Refinanzierung der durch die Schulen abgerufenen Mittel über externe Förderprogramme ist möglich und wird angestrebt.
- Diese Mittel stehen für Maßnahmen mit einem pädagogischen Mehrwert zur Verfügung, welche auf eine **fundierte und nachhaltige Innovation und Weiterentwicklung** von Schule abzielen.
- Sanierungen und Maßnahmen zur Instandhaltung, Reparaturen oder Wiederbeschaffungen können hierüber ebenso wenig finanziert werden wie Anschaffungen, die über den Digitalpakt finanziert werden können.
- Die städtischen Schulen können die Förderung erhalten, indem sie einen Antrag stellen, aus welchem hervorgeht, inwieweit es sich um Maßnahmen handelt, die den oben genannten Kriterien entsprechen. Über die Bewilligung berät der Schulausschuss ggf. im Austausch mit der Innovationsmanagerin. Es entscheidet der Rat.

## 6.6 Schulische Innovation unterstützen durch eine Servicestelle für Innovationsmanagement

Ideen in Schulen gibt es viele und überall. Damit diese in nachhaltiger Innovation münden, brauchen Schulen eine begünstigende Atmosphäre, in der ihre Ideen gedeihen und wachsen können. Hier möchten wir den Schulen ein Service-Angebot machen. Wir beauftragen deshalb eine in der Stadtverwaltung angesiedelte **Innovationsmanagerin für Schulen** damit, eine solche Atmosphäre zu fördern und Brühler Schulen dabei zu unterstützen, ihre Ideen zu prüfen und umzusetzen, ohne dass damit in die Landeskompetenzen eingegriffen wird. Die Aufgabe ist komplex und fordert ein hohes Maß an konzeptioneller Kompetenz, verwaltungstechnischem Know-how, Vernetzungskompetenz und im besten Falle Erfahrung im Bereich schulischer Innovation.

Wie Schulen pädagogisch von Vernetzung profitieren können, zeigt sich an Initiativen wie dem »Schulverbund Blick über den Zaun«, der Schulen nach dem Konzept »Schulen lernen von Schulen« miteinander verbindet, oder dem Konzept der »partizipativen Schulentwicklung« der »Initiative neues Lernen«. Ein städtisches Innovationsmanagement kann diese Aufgaben erfüllen und die Brühler Schulen unterstützen, ohne dass diese auf externe Angebote zurückgreifen müssen.

Das Profil der Stelle wird gemeinsam mit den Schulen erarbeitet. Sie fungiert einerseits als **Bindeglied zwischen Verwaltung und Schulen**, beispielsweise im Bereich der Finanzierung – auch im Rückgriff auf die Mittel aus dem neu einzurichtenden Fördertopf für schulische Innovation – und hilft somit, bereitgestellte **Fördergelder sinnvoll zu nutzen**. Andererseits unterstützt sie Schulen konkret bei der Umsetzung innovativer Anliegen durch ihr konzeptionelles Know-how und ihre **Vernetzungskompetenz**. Darüber hinaus sollen von einem Innovationsmanagement auch Initiativen ausgehen, die darauf abzielen, Innovation anzuregen, z. B. indem eine Vernetzung von Akteuren initiiert wird, indem Anliegen miteinander koordiniert werden oder indem neue **Anregungen** geschaffen werden (z. B. ein Innovationspreis o. Ä.).

## 6.7 Medienpädagoginnen für die Schulen

Qualität und Quantität von Mediennutzung haben sich in den letzten Jahren auf rasante Weise entwickelt. Menschen befinden sich im permanenten und umfassenden Austausch mit der Welt und gestalten große Teile ihres Lebens mithilfe von digitalen Endgeräten. Wir alle sind Teil dieser Entwicklung und darin gefordert, uns konstruktiv mit ihr auseinanderzusetzen. Wir möchten als Stadt aktiv darauf hinwirken, insbesondere Jugendliche dabei zu unterstützen, ihre Mediennutzung in einer für sie gesunden Weise zu gestalten.

Darum werden wir **zwei Medienpädagoginnen** einstellen, die Aufklärungs- und Präventionsarbeit leisten. Die Zielgruppen sind in erster Hinsicht Jugendliche und Brühler Schülerinnen. Die Pädagoginnen leisten aufsuchende Arbeit und sind insbesondere vormittags an den Schulen vor Ort. Darüber hinaus sind sie angegliedert an die Stadtbibliothek und richten ihr Angebot von dort aus an alle Brühlerinnen.

## 6.8 Die Stadt Brühl als Trägerin im Bereich der offenen Ganztagschule

Unser Ziel ist es, die OGSen in Brühl in **städtischer Trägerschaft** zu führen. Wir erhalten so die Möglichkeit, Qualitätskriterien ohne Kompromisse und auf einem sehr hohen Niveau festzusetzen, damit an allen Brühler Grundschulen ein vergleichbares und bestmögliches Betreuungsangebot mit qualifiziertem Personal angeboten werden kann. Es ist unsere Überzeugung, dass die derzeit im Qualitätszirkel vereinbarten Kriterien erheblich verbessert werden müssen.

Für das Personal wollen wir tarifgebundene Beschäftigungsverhältnisse und streben grundsätzlich unbefristete Verträge an. So übernimmt die Stadt Brühl **Verantwortung für die Mitarbeiterinnen** und sichert die qualifizierte Betreuung in den OGSen gegen die zunehmende interkommunale Konkurrenz im Wettbewerb um die besten Kräfte.

## 6.9 Die Stadt als Ausbildungsbetrieb

Die Stadt Brühl und auch die städtischen Unternehmen stehen in der Pflicht, mit gutem Beispiel voranzugehen bei der Schaffung **attraktiver, zukunftsfähiger und inklusiver Ausbildungsmöglichkeiten**. Beispiele sind die praxisorientierte Ausbildung für Erzieherinnen, duale Ausbildungsangebote oder die Ausbildung zur (Notfall-)Sanitäterin. Aber auch die Stadtwerke, die Gebausie und der StadtServiceBetrieb sollen Ausbildungsplätze anbieten und dabei besonders auch Angebote für Abgängerinnen der Haupt- und Förderschule schaffen. Ziel muss es zudem sein, möglichst vielen Auszubildenden eine dauerhafte Perspektive zu bieten, möglichst eine Festanstellung.

## 6.10 Grundschulen zu Familienzentren ausbauen

Wir wollen die Grundschulen in Brühl in sogenannte **Familiengrundschulen** umwandeln. Hier soll es neben dem klassischen Schulunterricht auch Beratungsangebote für die Eltern geben sowie Treffpunkte und Freizeitmöglichkeiten, gesunde Ernährung, Bewegung und ein gutes Miteinander.

- Kooperationen mit ansässigen **Vereinen** sollen ausgebaut werden.

- Arbeits- und Gesprächskreise sollen **Hilfestellungen** geben und Kontakte zwischen Schule, Schulsozialarbeit, Eltern und Kindern fördern und bei Bedarf auch Hilfsangebote vermitteln.
- Wünschenswert ist eine stärkere **Einbindung von Institutionen** wie beispielsweise dem Jugendamt und dem schulpсихologischen Dienst.
- Uns ist es ein zentrales Anliegen, Eltern und Erziehungsberechtigte zu stärken, denn zu oft fühlen diese sich mit ihrer Verantwortung alleine gelassen. Wir brauchen Jugendhilfe und andere Netzwerke, um in diesem Bereich präventiv zu unterstützen.
- Besonders bei den Übergängen (Kindergarten zur Grundschule und Grundschule zur weiterführenden Schule) wollen wir die Begleitung von Kindern, Eltern und Erziehungsberechtigten intensivieren und so starke Eltern und starke Kinder fördern.

### 6.11 Inklusion stärken

Eine verbesserte Zusammenarbeit von Schule und **Schulbegleiterinnen** wird angestrebt.

Inklusion wird gefördert, beispielsweise indem in Absprache mit den jeweiligen Schulen **Schulbegleitungen** fest installiert werden (Poollösung). Dazu ist der Kontakt und Austausch mit den Nachbarkommunen zu intensivieren.

Die Pestalozzi-Schule soll in städtischer Trägerschaft bleiben.

## 7. Soziales und Integration

### 7.1 Ein solidarisches Brühl

Wir möchten in einer Stadt leben, die **allen Bürgerinnen** gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, unabhängig von Einkommen, Alter, Geschlecht, Herkunft oder Behinderung. Daher wollen wir Räume für Begegnungen schaffen, die offen für alle sind und wo ehrenamtliches Engagement gefördert wird. Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, sollen Orte für Rat und Hilfe angeboten werden, die dezentral und niedrigschwellig erreichbar sind. Wir möchten **Seniorinnen** sowie **Menschen mit Behinderungen** eine Beteiligung an politischen Entscheidungen, die sie betreffen, ermöglichen. Als generationenübergreifende, solidarische und sorgende Gemeinschaft sollen die Bürgerinnen in Brühl gut für die Herausforderungen des demografischen Wandels gerüstet sein. **Geflüchtete** bekommen in Brühl Hilfe und eine Heimat. **Rassismus** hat in Brühl keine Chance.

### 7.2 Soziale Teilhabe der Bürgerinnen stärken

- Die Ehrenamtsbörse der Flüchtlingshilfe soll zu einer Anlaufstelle (inkl. digitaler Plattform) zur Beratung und Vermittlung für alle Menschen ausgebaut werden, die sich in Brühl **ehrenamtlich** engagieren möchten und auf der Suche nach passenden Projekten und Ansprechpartnerinnen sind, neue Ideen umsetzen oder eine Initiative gründen wollen, sowie umgekehrt für Initiativen, Vereine und Träger, die auf der Suche nach Engagierten sind. Die Stadt soll dafür eine **halbe Stelle** zur Verfügung stellen, die mit einer entsprechend qualifizierten Person besetzt werden soll.
- Die Eröffnung eines **Begegnungszentrums** für mehrere Generationen im Zusammenhang mit einem professionellen Quartiersmanagementprojekt wird vorangetrieben. Hierzu ist der Bedarf gemeinsam mit anderen Beteiligten, bspw. Trägern sozialer Einrichtungen und der Kirchen, zu konkretisieren.
- Wir werden die politische Beteiligung älterer Bürgerinnen in der Kommune stärken durch die Einrichtung eines **Seniorinnenbeirats**. Als erster Schritt soll im bestehenden Arbeitskreis »Seniorenarbeit« ein Konzept dafür erarbeitet werden, in dem die bereits in der Verwaltung bestehenden Vorarbeiten mitberücksichtigt werden sollen.

### 7.3 Beratung, Unterstützung und Versorgung alter und pflegebedürftiger sowie mobilitätseingeschränkter Bürgerinnen verbessern

- Wir planen die Gründung eines **Seniorinnenbüros** als zentrale Anlauf- und Beratungsstelle für Seniorinnen. Dabei sollen die präventiven Hausbesuche und deren Auswertung in die Aufgaben der Beratungsstelle integriert werden.
- Durch den Ankauf von Bauland und eine entsprechende Ausweisung von Flächen im Bebauungsplan sollen **neue stationäre Pflegeplätze** ermöglicht werden; innovative Wohnformen für Menschen im Alter und mit Pflegebedarf in den Stadtteilen sind bei der Bauleitplanung zu berücksichtigen.
- **Mobilität und Nahversorgung** für Menschen mit eingeschränkter Mobilität werden verbessert. Dazu sollen Projekte aus der Bevölkerung unterstützt werden, z. B. die Gründung von Stadtteilläden oder die Einrichtung eines Bürgerinnenbusses.
- Wir wollen **Barrierefreiheit** im öffentlichen Raum ermöglichen, z. B. in Schulen, Behörden, auf Spielplätzen etc.
- Wir möchten allen Brühlerinnen die Teilnahme an sportlichen und kulturellen Veranstaltungen ermöglichen. Es soll ein Konzept erstellt werden, in dem z. B. die **Förderung sozialpädagogischer Begleitung** durch Vereine wie »Lebenshilfe«, »Sonderspaß« etc. enthalten ist. Dazu gehört auch der Einsatz von Gebärdensprache und anderen Hilfsmaßnahmen.
- Wir setzen uns ein für eine stärkere Einbeziehung der **Behindertenbeauftragten** bei baulichen Planungen im Bereich Verkehr und Gebäude.

- Wir unterstützen die Arbeit des **Inklusionsbeirates**. Wir sagen eine zügige Befassung der Initiativen des Inklusionsbeirates in Ausschüssen und im Rat zu.

#### 7.4 Beratungs- und Unterstützungsangebote für Menschen in schwierigen sozialen Lagen und in Notlagen verbessern

- Unser Ziel ist die städtische Förderung einer **Allgemeinen Sozialberatung** durch einen freien Träger als niedrigschwellige Anlauf- und Clearingstelle für Menschen, die sich im vielfältigen Hilfesystem Brühls nicht allein zurechtfinden. Von hier aus können Bedarfe und Zuständigkeiten geklärt und an spezialisierte Fachdienste vermittelt werden.
- Wir unterstützen die **Frauenberatungsstelle** und das **Frauenhaus**.

#### 7.5 Weltoffenes Brühl: Menschen mit Migrationsgeschichte stärken

- Wir streben eine bessere Einbindung des **Runden Tisches »Flüchtlingshilfe«** und der ehrenamtlichen Flüchtlingshelferinnen in die kommunale Flüchtlingsarbeit an, z. B. durch die Vorstellung ihrer Arbeit im Sozialausschuss.
- Die Stadt Brühl sowie ihre Töchter Stadtwerke und Gebausie sollen in vorbildlicher Weise Geflüchteten eine **Ausbildung oder ein Praktikum** ermöglichen. Dazu soll die kommunale Wirtschaftsförderung bei der WEPAG und anderen potenziellen Arbeitgeberinnen um Nachahmung werben.
- Wir setzen uns ein für eine gute Unterstützung des **Integrationsrats**.
- Wir unterstützen Kitas, Schulen, Sportvereine usw. bei Projekten zur **Prävention von Rassismus** in jeglicher Form.
- Wir werden eine **Flüchtlingsberatungsstelle einrichten**, wenn die Anzahl der Geflüchteten wieder ansteigt.
- Das Leben in Brühl soll Geflüchteten durch **geeignete Medien**, wie eine Broschüre oder einen digitalen Guide durch die Stadt, nähergebracht werden
- Die Stadt Brühl erklärt sich zu einem **»Sicheren Hafen«** und somit bereit, mehr Geflüchtete aufzunehmen, als sie nach der bundesweiten Kontingentierung aufzunehmen verpflichtet ist.
- Wir unterstützen Initiativen zur Einführung des **kommunalen Wahlrechts** für Nicht-EU-Bürgerinnen.
- Wir planen gemeinsame **Initiativen gegen Rechtspopulismus** mit unseren Partnerstädten.

## 8. Wirtschaft und Finanzen

### 8.1 Für ein nachhaltig wirtschaftendes Brühl

Erhalt sowie Förderung und Ausbau unserer wirtschaftlichen Strukturen in der Stadt sind uns wichtig. Die Lebendigkeit der Stadt und die Lebensqualität der Bürgerinnen hängen davon ab, wie nachhaltig wir Wirtschaft und Finanzen sichern können.

Rahmenbedingung unseres Handelns sind deshalb insbesondere eine Entwicklung nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen, die Förderung von Handel und Gastronomie sowie eine vorausschauende Finanzpolitik, die uns unabhängig in der Gestaltung unserer Stadt macht.

### 8.2 Nachhaltige Wirtschaftsstrukturen

- Wir wissen um die wirtschaftliche Attraktivität unserer Region und unserer Stadt. Bereits erwähnte Ziele, wie beispielsweise ortsnahe Arbeiten und Wohnen, erfordern, dass wir die Ansiedlung von Arbeitsplätzen in Brühl fördern. Dabei sprechen wir nicht nur große, sondern auch gezielt kleinere und mittelgroße Unternehmen an, damit diese von den Vorteilen der gut ausgebildeten Brühlerinnen und der optimalen Lage unserer Stadt profitieren können. Die weitere Entwicklung unserer Gewerbegebiete gehört dazu. Dabei achten wir darauf, dass in der Stadt nachhaltige, vielfältige und zukunftsfähige Gewerbebestrukturen gefördert werden.
- Ein Fonds soll als Starthilfe für die Gründungsphase neuer Geschäftsideen eingerichtet werden.
- Die Brühler Unternehmen werden zum Projekt »Ökoprofit« beraten und dabei begleitet, z. B. im Rahmen des Brühler Wirtschaftstreffs.
- Der tiefgreifende Strukturwandel in der Industrie wird über kurz oder lang auch Brühler Unternehmen wie die Autoindustrie und das Eisenwerk betreffen. Aus diesem Grund wird bereits frühzeitig eine aktive Unterstützung der Transformation zum Erhalt von Arbeitsplätzen durch die Brühler Wirtschaftsförderung erfolgen.
- Eine Unterstützung von Unternehmen während und auch in der Erholungsphase nach der Pandemie ist auch durch Ausnutzung sämtlicher Förderungsmöglichkeiten sicherzustellen.

### 8.3 Handel & Gastronomie

- Für den geplanten Abriss und Neubau des Kaufhof-/SINN-Gebäudes werden klare Rahmenbedingungen geschaffen, um eine Nutzung zu ermöglichen, die den Bedürfnissen der Brühlerinnen gerecht wird. Eine Mischform von Einzelhandel und bezahlbarem Wohnraum erscheint aus heutiger Sicht erstrebenswert. Dazu soll eine Zukunfts- und Planungswerkstatt durchgeführt werden, um eine entsprechende Bürgerinnenbeteiligung sicherzustellen.
- Zur Stärkung des lokalen stationären Handels soll ein Ausleihsystem für E-Lastenfahräder eingerichtet werden, um den eigenen Transport, aber auch die Zustellung durch die Brühler Einzelhändlerinnen zu fördern. Eine Integration des Angebots in die Brühl-App ist anzustreben. Basis kann z. B. die Gründung eines Vereins sein, an dem die Einzelhändlerinnen Brühls beteiligt sind.
- In den Stadtteilen gibt es teilweise keine kommerzielle Infrastruktur mehr, uns fehlen die Einkaufsmöglichkeiten. Aufwändige Einkaufswege werden besonders für die vielen älteren Anwohner immer mühsamer. Bei absehbaren Bauprojekten muss eine einfache Infrastruktur verbindlich eingeplant und gefördert werden: Wir setzen uns für Nachbarschaftsläden, Kiosks und Mehrgenerationen-Cafés ein. In den einzelnen Stadtteilen soll die Nahversorgung gestärkt werden.
- Es wird ein Konzept für eine lebenswerte und nachhaltige Nutzung der Innenstadt erstellt.



## 8.4 Vermeidung von Leerständen

- Zur Stärkung der Aufenthaltsqualität in der Innenstadt werden innovative Nutzungskonzepte der Einzelhandelsflächen gefördert.
- Eine eigene Geschäftsidee im Einzelhandel umzusetzen, bedeutet immer auch ein Risiko einzugehen. Miete, Einrichtung und Warenvorrat kosten Geld. Zur Vermeidung von Leerständen soll ein Zwischenmiet-Modell im Rahmen eines Verfügungsfonds eingeführt werden, bei dem zur Erprobung innovativer Einzelhandelsmodelle die Stadt Brühl den Raum zu vergünstigten Konditionen zeitlich befristet zur Verfügung stellt.
- Bei Bedarf soll auch die Möglichkeit der Umwandlung von Gewerbeimmobilien in Wohnraum in Betracht gezogen werden.
- Im Fokus der gemeinsamen Anstrengungen von Rat und Verwaltung wird stärker darauf hingewirkt, dass die Eigentümer der Einzelhandelsflächen ihrer Verantwortung gerecht werden. Dies ist denkbar durch Förderungen zum Umbau und der Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle bezüglich Leerständen für Vermieterinnen und Mietinteressentinnen.

## 8.5 Landwirtschaft

Regionale Vermarktungskonzepte sollen ausdrücklich gefördert und unterstützt werden. Als gutes Beispiel kann die Initiative »Erftgold« dienen. Leitbild für eine Landwirtschaft der Zukunft muss eine nachhaltigere Ausrichtung sein; dazu gehören neben der Verpachtung städtischer Flächen mit entsprechenden Auflagen auch die ausdrückliche Verknüpfung mit der Idee der städtischen Küche für Schulen.

- Sämtliche Ausgaben der Stadt müssen stets auf ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit geprüft werden.
- Während es zur Sicherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit wichtig ist, mittel- und langfristig die Schuldenlast der Stadt zu reduzieren, darf dies nicht durch Ausbleiben nachhaltiger notwendiger Investitionen erreicht werden, da dies einer Verlagerung der Schulden auf nachfolgende Generationen gleichkommt.
- Bei unterjähriger Haushaltsprognose muss auch Transparenz über Verschiebungen und Verlagerungen hergestellt werden.

## 8.7 Stadtverwaltung

- Damit die Stadtverwaltung auch zukünftig ein attraktiver Arbeitgeber bleibt, müssen ganzheitliche Personalentwicklungskonzepte erstellt und umgesetzt werden.
- Im Bereich der Reinigungskräfte sollen bestehende Stellen erhalten und zusätzliche Stellen eingerichtet werden.
- Fördermittel, die für die Verwaltung genutzt werden können, müssen konsequent ausgeschöpft werden. Dazu sind die bereits vorhandenen Stellen für Fördermittelmanagement in der Finanz- und Schulverwaltung baldmöglichst zu besetzen und darüber hinaus ggf. gezielte Fortbildungen durchzuführen.
- Wir setzen uns für ein einfacheres, verständliches und handhabbares Vergaberecht ein. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen muss es möglich sein, sich ohne vermeidbaren bürokratischen Aufwand als Anbieter einzubringen. Die heimische Wirtschaft zu fördern, steht in unserem Fokus. Ausdrücklich gefördert werden soll die Nutzung von Plattformen, über die an und von Brühler Unternehmen Aufträge vergeben werden.

## 9. Kultur

### 9.1 Leitbild

Kultur ist für das Zusammenleben von großer Bedeutung: Für die einen ist es das gemeinschaftliche Erlebnis beim Genießen kultureller Angebote, für andere – die Kulturschaffenden, egal ob Professionelle oder Amateure – ist es Ausdruck ihrer Schaffenskraft und Kreativität. Kultur ist aber auch ganz allgemein die Art und Weise, wie wir in unserer Stadt zusammenleben, welche Werte geteilt werden, wie mit Unterschieden umgegangen wird. Insofern ist »Kultur« gleichsam das **Bindegewebe** einer Stadt.

An der **kulturellen Vielfalt** einer Stadt wird auch die Vielfältigkeit ihrer Einwohnerinnen sichtbar. Brühl ist eine bunte Stadt. Menschen aus über 100 Nationen leben hier und tragen zur kulturellen Bereicherung der Stadt bei. Wir wollen diesen Reichtum würdigen und die Vielfalt fördern. Deswegen unterstützen wir Initiativen, die sich für den interkulturellen oder interreligiösen Dialog engagieren. Wir zeigen eine »klare Kante **gegen Rechts**« und haben keinerlei Toleranz für Hetze und Hass. Stattdessen wollen wir ein »Festival der Vielfalt« in Brühl etablieren, bei dem wir im Respekt gegenüber der\*dem Anderen unsere bunte Stadt feiern.

Das breite kulturelle Angebot Brühls wollen wir in den nächsten Jahren weiter ausbauen und dabei **alle Bevölkerungsschichten** erreichen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung das lebendige kulturelle Leben in der Stadt und in den Stadtteilen weiterhin unterstützt. Brühl begibt sich auf den Weg zu einer **nachhaltigen Stadt**. Dies ist im weiteren Sinne auch als kulturelles Projekt zu verstehen.

### 9.2 Musik, Theater, Bildende Künste

- Wir werden das kulturelle Angebot der Stadt **sichern und ausbauen**. Dabei wollen wir erreichen, dass es in Brühl mehr Auftrittsmöglichkeiten für junge, aufstrebende Künstlerinnen aus der Region gibt. Außerdem soll das kulturelle Angebot speziell für die Zielgruppe Jugendliche/junge Erwachsene z. B. im Rahmen der Veranstaltungsreihe »Brühler Markt« ergänzt werden.
- Wir wollen einen **Kulturentwicklungsplan** erstellen, der sowohl als Überblick für die Kulturschaffenden und die Öffentlichkeit über das kreative Potenzial in Brühl dient als auch als Basis für eine private Kunstförderung durch engagierte Bürgerinnen.
- Wir wollen den **gesamstädtischen Veranstaltungskalender** auf der bruehl.de-Homepage, in den sich alle Vereine, Initiativen und Kunstschaffenden eintragen lassen können, weiter in den Vordergrund rücken.
- Für die bildenden Künstlerinnen fehlt es im Stadtgebiet an ausreichenden Räumlichkeiten, um ihre Kunst angemessen präsentieren zu können. Nach der Erneuerung des Rathauses im Steinweg soll in der Rathausgalerie wieder eine kulturelle Nutzung möglich sein. Außerdem soll geprüft werden, welche weiteren Orte als **Ausstellungsräume** genutzt werden könnten.
- Wir wollen, dass alle Brühlerinnen am kulturellen Leben teilhaben können, unabhängig von ihrer finanziellen Ausstattung. Deswegen wollen wir eine Möglichkeit finden, wie z. B. **Brühl-Pass-Inhaberinnen** zu vergünstigten Preisen an kulturellen Veranstaltungen teilnehmen können.

### 9.3 Kunst- und Musikschule, Volkshochschule, Bibliothek

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Brühler **Kunst- und Musikschule** in ihrer jetzigen Form erhalten bleibt und die Dozentinnen fair entlohnt werden. Die Kunst- und Musikschule soll mit moderner **digitaler Technik** ausgestattet werden, damit auch nach der Covid-19-Pandemie in Einzelfällen weiterhin digitaler Unterricht erteilt werden kann.
- Wir wollen über die **Volkshochschule** weiterhin ein breites Kultur-, Bildungs- und Sportangebot in Brühl vorhalten und der VHS dafür angemessene Räumlichkeiten zur Verfügung stellen – damit lebenslanges Lernen in Brühl möglich bleibt.

- Wir wollen, dass die **Bibliothek** im neuen Rathaus eine angemessene Ausstattung, sowohl für Medien als auch für Personal, erhält, um ihrem Bildungsauftrag und den größeren Räumlichkeiten gerecht werden zu können. Die Bibliothek soll neben der geplanten Rund-um-die-Uhr-Öffnung der »Open Library« auch verlängerte Servicezeiten anbieten. Wir wollen, dass die Bibliothek eng mit den Brühler Schulen zusammenarbeitet, insbesondere im Bereich Medienkompetenz.

#### 9.4 Vereine und kulturelles Leben in den Stadtteilen

- Vereine und Ortsgemeinschaften unterstützen wir durch die Schaffung einer **Stelle für Ehrenamtskoordination**.
- **Sondermärkte** wie Foodmärkte, Antik- und Flohmärkte, Oldtimershows, Weinfeste sollen auch in den Stadtteilen Platz finden.
- Wir wollen, dass an **Brühler Geschichte** lebendig erinnert wird und sie im Stadtbild ihren Raum findet. Brühler Denkmäler und Sehenswürdigkeiten sollen im »Informationssystem über die Historische Kulturlandschaft und das landschaftliche Kulturelle Erbe« (»KuLaDig: Kultur. Landschaft. Digital«) des LVR eingetragen werden, soweit noch nicht geschehen. Darüber hinaus sind auch weitere Erinnerungsformen denkbar, wie Plaketten und Infotafeln an bedeutenden Objekten.

#### 9.5 Tourismus

- Wir wollen, dass **sanfter, nachhaltiger Tourismus** ein fester Bestandteil der Brühler Tourismusangebote wird.
- Als Ausgangspunkt für attraktive Wanderungen in der Ville ist Brühl geradezu prädestiniert. Dafür sollen **(Rund-)Wanderwege** gut ausgeschildert und ein entsprechendes Konzept zur Vermarktung entwickelt und etabliert werden (z. B. in Anlehnung an die »Eifelschleifen«).
- Außerdem wollen wir Brühl zu einem beliebten Ziel bei Radtouristinnen entwickeln. Wir setzen uns in den zuständigen Gremien dafür ein, dass **überörtliche Radwege** gut ausgebaut werden und Brühl auch auf entfernteren Hinweisschildern erwähnt wird. In der Innenstadt soll es eine öffentliche Zapfstelle für Trinkwasser geben. Durch diese Maßnahmen erhöht Brühl seine Attraktivität sowohl für die eigene Bevölkerung als auch für Gäste aus Nah und Fern.
- Wir prüfen, wie der wachsende Wohnmobiltourismus gelenkt werden kann.

#### 9.6 Städtepartnerschaften

Wir wollen, dass die Beziehungen zu unseren Partnerstädten von vielen Brühlerinnen **gelebt werden**, denn Städtepartnerschaften leisten einen wichtigen Beitrag zu einem Europa der Bürgerinnen. Sie ermöglichen persönliche Begegnungen aller Bevölkerungsgruppen, das Kennenlernen des alltäglichen Lebens vor Ort sowie die Stärkung interkultureller Kompetenzen.

In diesem Sinne unterstützen wir **neue Initiativen** im Bereich der Städtepartnerschaften und -freundschaften mit Sceaux (Frankreich), Leamington Spa (Großbritannien), Kunice (Polen), Chalkida (Griechenland), Kaş (Türkei) und Weißwasser/Běta Woda (Oberlausitz), um die breite Bevölkerung mehr für dieses Thema zu begeistern.

Die Projektpartnerschaft mit **Battir** (Palästinensische Gebiete) wollen wir ausbauen, gemeinsame Projekte entwickeln und die Stadt Battir bei Entwicklungshilfeprojekten unterstützen.

## 10. Sport

Es ist von großer Bedeutung, dass das bestehende Sportangebot für Brühlerinnen nicht nur erhalten bleibt, sondern auch weiterhin ausgebaut wird und allen Bewohnerinnen unabhängig von sozialem Status, Herkunft und Altersklasse zugänglich ist.

Die Unterstützung aller Bereiche, ob Individual- oder Vereinssport oder integrativer Angebote, liegt uns am Herzen. Der Mehrwert des Sports entsteht unter anderem durch das Zusammenführen unterschiedlichster Menschen und besteht in einem Gewinn an Lebensfreude und einer Stärkung der Gemeinschaft.

- Allen vereinsungebundenen Bürgerinnen sollte der **Zugang zu den städtischen Sportanlagen** prinzipiell möglich sein.
- Wir wollen nicht vereinsgebundenen Sport im Freien sowie in Hallen ermöglichen.
- Wir wollen **Kooperationen** zwischen Schulen (Grund- und weiterführenden Schulen) und Sportvereinen fördern.
- Wir wollen Sport bis auf Landesmeisterschaften-Ebene (NRW) fördern und höher bezuschussen bzw. bezahlen.
- Sportvereine werden bei der **Anschaffung von Sportgeräten** und der Einrichtung von Sportstätten unterstützt, insbesondere werden sie mehr gefördert, wenn sie Anstrengungen zur **Inklusion** unternehmen.
- Für Frauen-Schwimmen ist Zeit und **Personal im Karlsbad** zur Verfügung zu stellen.
- Zusätzliche **Schwimmkurse** müssen sichergestellt werden, damit alle Kinder nach der 4. Klasse schwimmen können.
- Wir wollen den Aus- und Umbau von **behindertengerechten Sportstätten** fördern.
- Sanitäre Anlagen in den städtischen Turnhallen müssen modernisiert werden.
- Die **Sportanlage Ost** muss erhalten bleiben und modernisiert werden.
- Die Modernisierung bzw. Neuerstellung des **Vereinsheims Vochem** soll in Angriff genommen und unterstützt werden.
- Das Projekt **»Brühler Kids«** (für 4–6-Jährige) soll weitergeführt werden. Es soll geprüft werden, ob dieses Projekt bis zu den 8-Jährigen **erweitert und gestärkt** werden kann.
- Der **»Tag des Sports«** und ähnliche Sportveranstaltungen sind zu unterstützen. Die Termine sollen in die Brühl-App eingestellt werden.
- **Bolzplätze** sollen gleichmäßig über die Stadt verteilt werden.
- Alle Sportstätten sollen bei Neubau oder Sanierung möglichst mit **Photovoltaik** ausgestattet werden.

## 11. Sicherheit und Ordnung

Sicher in Brühl zu leben ist das gute Recht aller Bürgerinnen. Auch wenn entsprechende Statistiken keinen Hinweis auf eine überdurchschnittlich hohe Kriminalitätsrate in Brühl geben, ist jede begangene Straftat eine zu viel. Entscheidend für die Wahl der vereinbarten Ziele ist, dass sich manche Menschen – insbesondere Frauen und ältere Menschen – nicht sicher fühlen; dies nehmen wir ernst.

Die Vertragspartnerinnen sind sich daher einig, dass auch die Bereiche Sicherheit und Ordnung ein wichtiges Arbeitsfeld für die nächsten Jahre sein werden. Wir wollen, dass alle Menschen in Brühl sicher sind und sich auch sicher fühlen. Dabei setzen wir auf mehr Beratung und eine stärkere Prävention, auf ausreichende Präsenz der Ordnungskräfte, auf die Vermeidung und Beseitigung von Angsträumen und auf eine starke Partnerschaft zwischen den Bürgerinnen und den Ordnungskräften.

Konkret bedeutet dies:

- Wir möchten **Beratungsangebote** verbessern: sowohl dahingehend, wie man sich davor schützen kann, Opfer von Kriminalität zu werden, als auch für Menschen, die durch empfundene Perspektivlosigkeit, Drogenmissbrauch oder Verschuldung gefährdet sind, zu Täterinnen zu werden.
- **Selbstbehauptungstrainings** sollen zur Stärkung von Kindern bereits in Kitas und Schulen angeboten werden.
- Die Rolle des Ordnungsdienstes als Partner und erster städtischer Ansprechpartner der Brühlerinnen soll im Rahmen einer **Kampagne** aufgezeigt und gestärkt werden. Dazu gehören auch Besuche in Kitas und Schulen, damit Kinder sich in bedrohlichen oder angstmachenden Situationen den Ordnungskräften anvertrauen.
- Die gute Zusammenarbeit zwischen **Polizei** und dem Brühler Ordnungsdienst soll im Rahmen der Ordnungspartnerschaft fortgeführt und **Streetwork** weiter ausgebaut werden.
- Wir werden einen **kriminalpräventiven Rat** aus Fachkräften aus Polizei, Ordnungsdienst, Jugend- und Sozialamt einrichten. Dieser wird bei Bedarf durch Vereine wie den Kinderschutzbund oder die Verbraucherzentrale, aber auch durch Erzieherinnen und Lehrerinnen ergänzt. Der Rat soll u. a. konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in Wohnquartieren entwickeln und auch Vorschläge zur Bekämpfung häuslicher Gewalt und von Gewalt an Schulen unterbreiten.
- zur Beseitigung von wilden Müllkippen ein Serviceversprechen abgeben, damit diese nicht einladen, noch mehr Müll abzuladen, um unsere Umwelt zu schützen und durch mehr Sauberkeit das Sicherheitsgefühl zu stärken; dazu soll auch noch stärker darauf hingewirkt werden, dass Verursacherinnen wilder Müllkippen identifiziert und zur Rechenschaft gezogen werden (vgl. Kap. 3.3);
- Wir prüfen eine Ausweitung der **Präsenz des Ordnungsdienstes** auf das Wochenende und die Umsetzbarkeit von standardmäßigen Doppelstreifen im Bezirksordnungsdienst. Dafür werden wir das benötigte Personal bereitstellen. Bei dieser Weiterentwicklung des Ordnungsdienstes wollen wir auch auf eine bessere Abbildung der Gesellschaft, insbesondere hinsichtlich Geschlecht und Herkunft, achten.
- Wir möchten die Mitarbeiterinnen des Brühler Ordnungs- und Verkehrsdienstes für ihre anspruchsvolle Arbeit durch regelmäßige **Fortbildungen** (z. B. Deeskalationsstrategien, Ordnungs- und Verwaltungsrecht) und auch durch Sport- und Fitnessangebote sowie Selbstverteidigungskurse stärken.
- Wir sind bestrebt, unsere **Straßen, Wege und Plätze**, wie den Nord-Süd-Weg oder den Weg vom Bahnhof in die Stadt, sicherer zu machen, damit sie nicht als Angsträume wahrgenommen werden. Zudem müssen insbesondere Zugangswege zum ÖPNV sicher gestaltet werden (ähnlich wie jetzt schon die Unterführung an Brühl-Mitte), damit Bürgerinnen nicht durch ein Gefühl der Unsicherheit von der ÖPNV-Nutzung abgehalten werden.